

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



US-Ziel: Besatzung des Irak

s. 3

EU-Beitritt der Türkei

s. 7

Anders haushalten in Hamburg

s. 12

Vom Fördern und Fordern

s. 14

Mit öffentlichen Mitteln zocken?

s. 18



IN BERLIN

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHNTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und Ost Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 21012, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 (Förderabo 42,90), ein Jahresabonnement kostet 59,80 (Förderabo 85,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60, Sozialabo: 46,80. Ausland: + 6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

AKTUELL

EU-TÜRKEI. Unmittelbar vor dem Deutschlandbesuch des Präsidenten der Türkei hatte der PDS-Europaabgeordnete Dr. André Brie die Bundesregierung aufgefordert, einen konstruktiven Dialog mit Ankara in der Frage der türkischen EU-Mitgliedschaft zu führen. „Die dauerhafte Abweisung des türkischen Beitrittswunsches kann die Fortsetzung der eingeleiteten demokratischen Reformen in dem Land gefährden“, erklärte Brie.

Mit der Bereitschaft Ankaras, den Termin für einen Verhandlungsbeginn auch nach dem EU-Gipfel festzulegen, liegt nach Ansicht des PDS-Europaabgeordneten ein realistisches Kompromissangebot auf dem Tisch. Brie verwies in diesem Zusammenhang auf eine Entschließung des Europäischen Parlaments vom vergangenen Mittwoch, in der der EU-Ministerrat zu einer Förderung des Beitrittsprozesses mit der Türkei aufgerufen wird. Notwendig seien dazu jedoch prinzipielle Veränderungen der türkischen Politik. „Die Situation hinsichtlich der Menschenrechte und der Gleichberechtigung der kurdischen Bevölkerung ist nach wie vor unakzeptabel“, so der Abgeordnete. „Die bislang beschlossenen Maßnahmen, beispielsweise die jetzt erfolgte beschränkte Zulassung der kurdischen Sprache in staatlichen Rundfunkprogrammen, müssen ausgeweitet und auch tatsächlich umgesetzt werden.“

Es sei jedoch nicht hinzunehmen, dass CDU und CSU eine Mitgliedschaft der Türkei prinzipiell ablehnten. Die Europäische Union müsse gegen alle Versuche verteidigt werden, sie zu einem exklusiven und „christlich-abendländischen“ Projekt zu machen.

Zudem rief Brie die türkische Regierung auf, sich nicht für einen US-Krieg gegen Irak missbrauchen zu lassen. „Jede direkte oder indirekte türkische Beteiligung an diesem Feldzug untergräbt die sicherheitspolitische Rolle der Türkei in der Region. Die von den USA massiv geforderte Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union darf durch die europäischen Regierungen nicht den imperialen Ambitionen der Bush-Administration untergeordnet werden, sondern muss auf die Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten, wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie kooperative und gemeinsame Sicherheit gerichtet sein.“

RÜRUP-KOMMISSION. Selbsthilfeorganisationen müssen künftig an allen Entscheidungen im Gesundheitswesen beteiligt werden. Dies hat die Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Barbara Stolterfoht, bei einer Tagung des „Paritätischen Forums chronisch kranker und behinderter Menschen“ in Berlin gefordert.

Sie kündigte an, sie werde diese Forderung in die Rürup-Kommission einbringen, in die sie am Donnerstag von Gesundheitsministerin Schmidt berufen

worden ist. „Eine nachhaltige und wirkungsvolle Reform des Gesundheitswesens ist erst zu erwarten, wenn mit der notwendigen Einbeziehung der Betroffenen Ernst gemacht wird“, sagte Stolterfoht. Neben Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern müsse Betroffenen-Organisationen auf einer „dritten Bank“ die Mitwirkung an Reformen im Gesundheitswesen ermöglicht werden. Obwohl es zahlreiche engagierte Patientenverbände, Selbsthilfegruppen und Sozialverbände mit hohem Sachverstand gebe, werde ihr Fachwissen bislang ausgebündet, kritisierte Stolterfoht.

Obschon die Gesetzlichen Krankenkassen bis zu 80 Prozent ihrer Ausgaben für die Behandlung chronischer Krankheiten aufwenden, lasse die Qualität der Behandlung zu wünschen übrig, kritisierte die Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbands. Ursache seien strukturelle Defizite im Gesundheitssystem, die zu Über-, Unter- und Fehlversorgung führen und die besonderen Bedürfnisse chronisch kranker Menschen nicht berücksichtigen. Stolterfoht: „Das unkoordinierte Nebeneinander von ambulanter und stationärer Versorgung, von Rehabilitation und Pflege sowie von Haus- und Fachärzten wirkt sich ebenso kostentreibend wie qualitätsmindernd aus.“ Ziel müsse es sein, dieses Nebeneinander durch die Entwicklung integrierter Versorgungsformen zu überwinden. Dazu gehöre auch, dass die Möglichkeiten der Kassen gestärkt werden, Verträge mit einzelnen Leistungsanbietern abzuschließen. „Bei diesen Verträgen muss neben einer Verbesserung der Wirtschaftlichkeit gerade auch auf die Qualität der Leistungen abgestellt werden“, mahnte Stolterfoht.

MEHR DEMOKRATIE. Parteiübergreifend wird erwogen, die Legislatur des Bundestages von bislang vier auf fünf fünf Jahre zu verlängern.

Dazu erklärt Petra Pau PDS-Abgeordnete im Bundestag: „Die Wahl ist der Rummelplatz des kleinen Mannes“, schrieb Tucholsky, „einmal alle vier Jahre...“ Die pure Ausweitung der Legislatur auf fünf Jahre bedeutet praktisch, dass demokratische Teilhabe abgebaut wird. Das spricht nicht a priori gegen eine Verlängerung der Legislatur. Vorausgesetzt, es wird zugleich mehr direkte Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger ermöglicht.

Deshalb: wenn länger, dann besser, also direkter. Deshalb wiederhole ich die Forderung nach Volksbefragungen, Volksinitiativen und Volksabstimmungen, auch auf Bundesebene. Die Vorschläge der PDS für mehr direkte Demokratie liegen seit langem vor. Sie wurden bislang von Rot-Grün ignoriert und von CDU/CSU abgelehnt – ebenso wie Hunderttausende Unterschriften der Initiative „mehr Demokratie“.

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB
o 4 Ausgaben für 10 (beilegen) zum Kennenlernen
o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 je Einzelabo)
o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80)
o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80)
o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60)
o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Waffeninspektionen laufen, Bush unbeeindruckt auf militärische Eskalation aus

US-Ziel: Besatzung und Unterwerfung des Irak

Ungeachtet der UN-Inspektionen, die bisher ohne nennenswerte Zwischenfälle verliefen, treiben die USA die Kriegsvorbereitungen voran.

Eskalationspotenzial

Bush machte am 2.12., in seiner ersten größeren Erklärung seit Beginn der UN-Waffeninspektionen, vor allem deutlich, dass es nicht in der Macht des Irak liege, egal wie sich seine Regierung verhalten, den Krieg abzuwenden. Während sich die Waffeninspektoren nach den ersten Inspektionen „zufrieden“ zeigten, äußerte sich Bush „enttäuscht“. Die US-Administration kündigte an, nach dem 8. Dezember, wenn der Irak wie verlangt die Liste aller ABC-Waffen, Raketen und für die Produktion verwendbaren Komponenten vorgelegt hat, selbst eine auf Geheimdienstinformationen basierende Liste aller irakischen Waffenarsenale zu veröffentlichen und mit der irakischen Liste abzugleichen. Wenn sich Saddam Hussein nicht selbst aller Massenvernichtungswaffen völlig entledige, kündigte Bush an, „werden wir eine Koalition anführen, die ihn entwaffnet“. Von

der UNO war nicht die Rede.

Zum wiederholten Male provozierten US- und britische Kampfflugzeuge in der einseitig verhängten und durch keinerlei UN-Beschluss gedeckten Flugverbotszone Zwischenfälle, die sie sogleich zum Anlass nehmen, Ziele in Irak anzugreifen. Nach der bisher letzten Bombardierung wurden nach Angaben des Irak und westlicher Nachrichtenagenturen indus-

trielle Anlagen und Büros der südirakischen Erdölgesellschaft in Basra zerstört und dabei vier Iraker getötet. Der irakische Außenminister Sabri hat daraufhin in einem Schreiben an UNO-Generalsekretär Annan angekündigt, die irakischen Streitkräfte würden für den Fall, dass die Übergriffe andauerten, ihr legitimes Recht auf Selbstverteidigung ausüben.



Protest gegen den Prager Nato-Gipfel (Bild: Arbeiterfotografie)

Ziel der US-Politik: Besatzung und Kontrolle des Irak

Währenddessen bringen „Regierungskreise“ in den USA ihre Planungen für den Irak „nach Saddam Hussein“ in die Öffentlichkeit. Demzufolge bereiten die USA eine mehrjährige militärische Besatzung vor. Man rechne mit monatlich 4 Mrd. \$ Kosten für den Unterhalt der Besatzungstruppen, die der Irak aus seinen Ölgebern aufbringen müsse. Angestrebte wird demzufolge die Einsetzung einer Militärverwaltung ähnlich wie in Deutschland und Japan



Mit der Friedensfahne in den Krieg?

Zur militärischen Hilfszusage der Bundesregierung an die israelische Regierung erklärte der Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag, Peter Strutynski:

Mit Sorge verfolgt die Friedensbewegung die Versuche der Bundesregierung, sich mehr oder weniger elegant von ihrem Wahlversprechen zu verabschieden, sich unter keinen Umständen an einem US-Krieg gegen Irak zu beteiligen.

Erst drückte sich Bundeskanzler Schröder vor einem klaren „Nein“ gegenüber dem militärischen Hilfsersuchen der US-Regierung auf dem NATO-Gipfel. Die Formel aus Berlin: „Wir werden das Ersuchen prüfen“. Dann erklärte am Wochenende der Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Hans Georg Wagner, die Bundesregierung lehne weiterhin eine „aktive“ Teilnahme ab. Was aber eine offenbar zulässige „passive“ Beteiligung sein könnte, ließ der Staatssekretär offen.

Schließlich wird eine Anfrage aus Israel, „Patriot“-Raketen systeme zu liefern, vom Bundeskanzler ohne jede Prüfung positiv beantwortet. Dies diene der Verteidigung vor irakischen Raketen, hieß es.

Damit hat sich die Bundesregierung nach Auffassung des Bundesausschusses Friedensratschlag für eine aktive

Kriegsunterstützung entschieden. Zwar wird weiterhin links geblinkt, also die Friedensfahne geschwenkt, aber rechts gefahren, geradewegs in den Irak-Krieg.

Die „Patriot“-Anfrage aus Israel ist ein Trick, mit dem die Bundesregierung die Öffentlichkeit auf den neuerlichen Schwenk in der Kriegsfrage vorbereiten will. In Wahrheit braucht Israel die „Patriot“-Systeme nicht. Vor wenigen Tagen hat der neu ernannte israelische Generalstabschef Moshe Yaalon in einem Interview mit der Tageszeitung Haaretz gesagt, vor Irak brauchte er keine Angst zu haben. Wenn Irak angreifen würde, „haben wir gute Antworten parat“, sagte Yaalon wörtlich. Experten stimmen darin überein, dass das vorhandene moderne israelische Raketenabwehrsystem dem „Patriot“-System technologisch weit überlegen ist.

Wenn Verteidigungsminister Peter Struck den Vorgang herunterzuspielen und die Wellen der Erregung in den eigenen Koalitionskreisen dadurch zu glätten versucht, dass er die Anfrage nun auf das Jahr 2000 zurückdatiert, so tut er sich und seinem Kanzler auch keinen Gefallen. Denn dann muss man doch fragen: Wenn die Anfrage vor zwei Jahren kam, warum wird sie jetzt erst beantwortet? Offenbar passt sie jetzt zur Absicht der Bundesregierung, sich ihrer Friedensrhetorik ohne Gesichtsverlust zu entledigen.

Der Bundesausschuss Friedensrat-

schlag fordert die Bundesregierung auf, das riskante Versteckspiel zu beenden und endlich klipp und klar zu sagen, was sie vorhat. Immerhin geht es hier um nicht weniger als um Krieg oder Frieden.

Ein klares Nein zum Irak-Krieg schließt ein, dass alle Fallen und Stolpersteine, die dem Frieden im Weg stehen, sofort beseitigt werden müssen:

- Wer gegen eine Kriegsteilnahme ist, muss die Spürpanzer „Fuchs“ aus Kuwait und die Marineverbände aus der Golfregion abziehen.

- Wer gegen den Krieg ist, muss den Kriegführenden, in dem Fall den USA und Großbritannien, im Ernstfall den Luftraum und die Nutzung der Militärstützpunkte auf deutschem Boden untersagen.

- Wer gegen den Krieg ist, muss politische Schritte unternehmen, die zur Entspannung in der Nahostregion beitragen und nicht zusätzlich Öl ins Feuer gießen.

- Wer für die Sicherheit Israels eintritt, muss die Kriegspläne der USA durchkreuzen.

Am 7. und 8. Dezember wird anlässlich des zweitägigen „Friedensratschlags“ in Kassel ein Aktionskomitee der Friedensbewegung zusammentreten, um bundesweite und internationale Aktionen und Großdemonstrationen gegen den drohenden Irak-Krieg zu verabreden.

Kassel, den 27. November 2002

nach dem zweiten Weltkrieg. Womöglich werde außerdem eine irakische Regierung „bestimmt, die dem Westen wohlgesinnt ist, (irakischer Karzai)“.¹

Dem entsprechen die jüngst bekannt gewordenen militärischen Planungen. Demnach soll Bush einem Aufmarschplan zugestimmt haben, der gleich zu Beginn der militärischen Offensive die Errichtung großer amerikanischer Stützpunkte vorsieht. Durch eine „ausgedehnte Besetzung“ des ganzen Landes sollen die Kontrolle sichergestellt und, das in Richtung Türkei, Lostrennungsbestrebungen der Kurden im Nordirak verhindert werden. Die FAZ kommentiert: „Ein weiterer Vorteil wäre, dass auch das Erdöl des Landes – der Irak verfügt mit geschätzt mehr als 110 Milliarden Barrel über die zweitgrößten Vorkommen nach Saudi-Arabien – unter westliche Kontrolle gelange.“¹

All diese Planungen bedeuten nichts anderes als die Zerschlagung des Irak als Regionalmacht, die Zerstörung seiner Souveränität, seine Unterwerfung unter eine quasi-koloniale Kontrolle und Ausbeutung.

Das strategische Ziel der Besetzung erfordert den Einsatz großer Truppen. Die noch vor Monaten erwogene Variante, mit „nur“ 50.000 Soldaten anzugreifen und auf direktem Wege Bagdad zu erobern (s. PB 16/02), wurden offensichtlich fallen gelassen. Stattdessen planen die Militärstrategen die Zusammenziehung von rund 250.000 Soldaten und den massiven Einsatz von 60.000 bis 80.000 traditionellen Landstreitkräften. Bisher sind auf den US-Stützpunkten in der Region zwar zahlreiche Waffen und Geräte für den Krieg eingelagert, aber von den veranschlagten rund 250.000 Soldaten erst ca. 50.000 in der engeren Region stationiert.² Doch der Aufmarsch wird forciert. In Djibouti trainieren Marines, denen eine Schlüsselrolle zugeschrieben wird, den Wüstenkrieg. Kurz vor Redaktionsschluss kam die Meldung, dass die USA die Türkei um die Genehmigung ersucht haben, bis zu 150.000 Soldaten auf türkischem Boden zu stationieren.³ Von Deutschland aus ist geplant oder bereits im Gange die Verschiebung von AH-64-Kampfhelikoptern „Apache“ (Bild). Besondere Bedeutung für die Operationsführung wird den Luft- und Seestreitkräften zugemessen.



Insgesamt stehen zur Zeit ca. 300 Kampfflugzeuge und Bomber zur Verfügung. Im Golf wird eine Flugzeugträger-Kampfgruppe zusammengezogen; zwei Flug-

zeugträger sind bereits dort, ein weiterer ist auf dem Weg und wird noch im Dezember eintreffen, ein vierter für Ende Dezember oder Anfang Januar erwartet. Eine Großoperation, schreibt die *Neue Zürcher Zeitung*³, sei dann ab Januar möglich.

Nicht nur die amerikanische Friedensbewegung, die zu einer weiteren Großdemonstration Mitte Januar aufruft, macht Front gegen die Kriegsplanungen. Eine Reihe aktiver und pensionierter hochrangiger US-Militärs wie der ehemalige Nationale Sicherheitsberater Scowcroft, der Nahost-Sonderemissär Zinni, der einstige NATO-Oberbefehlshaber Europa, Clark, der Oberkommandierende des Golfkrieges von 1991, Schwarzkopf, und etliche andere warnen, vor allem vor einem schleichenden Ausufern des geplanten Krieges. Angesichts eines drohenden Kampfes auf einem urbanen Schlachtfeld – in Bagdad – werde der Vorteil militärtechnologischer Überlegenheit stark relativiert. Zinni, Nahost-Sonderemissär und ehemaliger General der U.S. Marines, merkte dazu an: „Ich möchte nicht in die Städte hineingesaugt werden. Wir hätten jede Menge Verluste, wir würden massenhaft Zivilisten töten und die Infrastruktur größtenteils zerstören. Schon gar nicht hilfreich wären die Bilder davon, die der Kanal Al-Jazeera ausstrahlen könnte.“⁴

BRD: „Unterstützung eines Waffengangs“

Alles kommt jetzt darauf an, durch Mobilisierung der öffentlichen (Welt-)Meinung die militärische Eskalation des Irak-Konflikts so schwer wie möglich zu machen. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist der Schwenk der Bundesregierung von der Linie „Keine Beteiligung“, die sie im Wahlkampf propagiert und praktisch zur Abstimmung gestellt hat, zu einer Beteiligung verheerend.

Auf dem NATO-Gipfel in Prag am 21.11.02 erklärte Bundeskanzler Schröder, dass die Bundesregierung „selbstverständlich ihren Bündnisverpflichtungen nachkommen“ werde und dass es „selbstverständlich (sei), dass die Bewegungsfreiheit unserer Freunde nicht eingeschränkt würde“. Laut FAZ vom 23.11. ergänzte er: „das sehen die Verträge, die es dazu gibt, so vor, und die gedenken wir einzuhalten.“ Am 27.11. kündigte er auf einer Pressekonferenz laut Website der Bundesregierung an: „Deutschland werde den Vereinigten Staaten und der NATO im Falle eines militärischen Vorgehens gegen den Irak Überflug-, Bewegungs- und Transportrechte gewähren.“ Der ehemalige NATO-General Hanno Graf zu Kielmannsegg nannte diese logistische Unterstützung in einem Interview mit dem „Deutschlandfunk“ im Gegensatz zu Schröder und Fischer unverblümkt eine „Unterstützung eines Waffengangs“

We're on our Way!

**TO KILL AND DIE
FOR EXXON TEXACO SHELL!**

BUT NOT IF WE CAN HELP IT!

Bush says WAR, we say SCHOOLS!

Bush says WAR, we say JOBS!

Bush says WAR, we say AFFORDABLE HOUSING!

They are making recruitment the only option for our children. We say NO WAY! Join anti-capitalists in protesting at the downtown RECRUITING OFFICE to tell them we want better education, more jobs, better social services, and more opportunity for all, NOT war! The rich don't fight and we in wars, we the people do. DON'T LET THEM SEND OUR BROTHERS AND SISTERS TO IRAQ TO WAGE THEIR IMPERIALIST WAR OF GREED FOR OIL

December 10, 8:00 AM, 12th & F Street NW

**FACTS ON
MILITARY RECRUITMENT**

Under the GI Bill Act schools receive less aid federal aid if they do not hand over to the military the contact information of all their students.

Junior Reserve Officer Training Corps (JROTC) recruits kids starting in high school. About 50% of JROTC graduates enter the military. Brings guns into schools. Costs school districts around \$50,000 per school. Targets poor students and minorities.

To qualify for the GI Bill benefits, recruits must first make a non-refundable contribution of \$7200.

Between 1985 and 1992, the military actually took \$720 million more from GIs in non-refundable deposits than they paid out in college benefits.

Two-thirds of all recruits never get any college funding from the military.

Through the Montgomery GI Bill, the maximum benefit over four years of college is only about half of that after a claimed figure of \$30,000.

Many military jobs are as different from civilian jobs that recruits will not be able to switch their careers after leaving the military, or they may have to be retrained.

Recruiters often tell young people that they can give the

... In Wirklichkeit und realistisch gesehen ist es natürlich eine Teilnahme.“

Wie der Völkerrechtler Dr. Gregor Schirmer⁵ ausführlich darlegt, bestehen „weder nach dem allgemeinen Völkerrecht und der UNO-Charta noch nach speziellen Vertragsbeziehungen Deutschlands, multilateral im Rahmen der NATO oder bilateral im Verhältnis zu den USA, ... Verpflichtungen der Bundesrepublik, Aktivitäten der US-Streitkräfte auf deutschem Territorium, insbesondere die Nutzung von deren Militärstützpunkten und des deutschen Luftraums, zur Vorbereitung und Durchführung eines Militärschlages gegen den Irak zu dulden, zu genehmigen oder zu unterstützen. Das gilt unabhängig davon, ob ein solcher Militärschlag vom Sicherheitsrat genehmigt ist oder ohne eine solche Genehmigung durchgeführt wird. Es gilt selbst dann, wenn man einen Militärschlag gegen den Irak für völkerrechtlich zulässig hielte.“

Seine Schlussfolgerung: Wenn die Bundesregierung die Nutzung deutschen Territoriums für einen Militärschlag gegen den Irak dulde, dann, „weil ihr der politische Wille und die Durchsetzungskraft fehlt, sich den Kriegsabsichten der USA konsequent zu widersetzen. Sie begeht damit selbst einen schweren Völkerrechtsbruch.“

scc

1 FAZ, 19.11.02

2 Neue Zürcher Zeitung, 25.11.02

3 Netzeitung 3.12.02

4 Freitag Nr. 48, 22.11.02. Jürgen Rose, der Verfasser des Artikels, der sich damit auseinandersetzt, warum Teile des US-Militärs gegen einen möglichen Irak-Krieg opponieren, ist Oberstleutnant der Bundeswehr.

5 Deutschland ein Aufmarschgebiet der USA für den Krieg gegen den Irak? Eine völkerrechtliche Expertise. Von Prof. Dr. Gregor Schirmer vom 29.11.02, veröffentlicht unter: www.friedensrat-schlag.de

Wer hat Hartz kastriert? Und wenn, warum?

Die veröffentlichte Meinung scheucht Rot-Grün vor sich her. „Bild“ fordert auf Zuruf eines hinter der FAZ steckenden Kopfes die Revolte. Einer der Kernvorwürfe (neben „Steuerlüge“ und „unamerikanischen Umrissen“): Die Regierung habe Hartz kastriert (Zitat *Spiegel*), die Arbeitsmarktreform verwässert, sich zum Lobbyverein unmoderner Gewerkschaftsfunktionäre gemacht, weil ein Kernpunkt des Hartz-Modells, nämlich Arbeitslose über den Druck der „neuen Zumutbarkeit“ per „Personal-Service-Agentur“ (ohne jede Schranken) in billige Leiharbeitsverhältnisse zu einem Lohn in Höhe von Arbeitslosengeld zu zwingen (oder bestenfalls knapp darüber) mit dem verabschiedeten Gesetz zu Makulatur geworden sei.

Es fällt in fast allem schwer, diese Regierung zu verteidigen. Aber dieser Vorwurf ist zutiefst ungerecht. Mehr konnte (ohne zwingende rechtliche Bindungen zu brechen) diese Regierung für eine Ausweitung der Leiharbeit und für eine Verbilligung der Arbeit insgesamt wirklich nicht tun. Die künstlich aufgeregte Debatte lenkt ab von einem kaum lösbar Dilemma, in das die Gewerkschaften jetzt geraten sind: Es spricht viel dafür, dass die bereits gebildete DGB-Tarifgemeinschaft gezwungen ist, wenn Schlimmeres verhindert werden soll, schnell mit der Zeitarbeitsbranche zu Tarifabschlüssen zu kommen, die deutlich, sehr deutlich unter

Industrielöhnen liegen.

Warum? Die bisherige Regelung der Leiharbeit sah zwar in der Regel keinerlei Bindung des Verleiher an Löhne und Arbeitsbedingungen des Entleiher vor, machte also den Leiharbeiterlohn billig, setzte aber der Zeitarbeitsbranche trotzdem relativ enge Schranken durch verschiedene Verbote. Das „Arbeitnehmer-Überlassungs-Gesetz“ (AÜG) sah vor, dass die (auch weiterhin erforderliche) Erlaubnis zur Überlassung zu versagen ist, wenn u.a. wiederholt befristete Leiharbeitsverhältnisse ohne Sachgrund in der Person des Leiharbeitnehmers abgeschlossen wurden (Befristungsbeschränkung), wenn Leiharbeitsverhältnisse zwar unbefristet abgeschlossen, aber durch Kündigung beendet und wiederholt innerhalb von drei Monaten erneut eingestellt wurde (Wiedereinstellungsverbot), wenn auf die Dauer der erstmaligen Überlassung an den Entleiher befristet wurde (Synchronisationsverbot) oder wenn mehr als 24 Monate an denselben Entleiher überlassen wurde (maximale Überlassungsdauer). Rechtsfolge von Verstößen gegen diese Befristungs- und Kündigungsbeschränkungen war für den Leiharbeitnehmer: Anspruch auf Fortsetzung eines (unbefristeten) Arbeitsverhältnisses. Rechtsfolge der Zwei-Jahres-Höchstgrenze der Überlassung an einen Betrieb war, dass der betroffene Arbeitnehmer gegen den verleihenden Arbeitgeber Anspruch auf diejenigen Arbeitsbedingungen (einschließlich des Lohns) hatte, die für vergleichbare Arbeitnehmer des Entleihbetriebs gelten.

Diese Beschränkungen fallen mit der Neufassung des AÜG, mit dem „ersten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, allesamt und völlig ersatzlos

weg. Stattdessen gilt zukünftig (nach Ablauf von sechs Wochen eines Leiharbeitsverhältnisses) nur noch eine einzige beschränkende Regelung, die in § 3 Abs. 1 bzw. § 9 Nr. 2 des AÜG (neue Fassung, siehe Kasten) enthalten ist und in der öffentlichen Diskussion für die theaterreife Aufregung sorgt, so als habe Schröder die Verstaatlichung der Autoindustrie, die Kommunalisierung von Grund und Boden und die Trennung von Kirche und Staat in einem Gesetz angekündigt.

In Wirklichkeit nimmt das Gesetz nur vorweg, was ohnehin in den nächsten zwei Jahren nach einer von der Kommission bereits verabschiedeten EU-Richtlinie zwingend für all Staaten der EU geltend wird (*Fundstelle: http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/pdf/2002/de_502PC0149.pdf*). Danach müssen den Leiharbeitern „mindestens“ die Löhne gezahlt werden, die im Entleihbetrieb gelten. Davon kann nur abgewichen werden, wenn ein Tarifvertrag „ein angemessenes Schutzniveau“ für die Leiharbeitnehmer gewährleistet oder wenn das von der Zeitbranche heftig bekämpfte Synchronisationsverbot im jeweiligen Mitgliedstaat besteht. Hartz war also überhaupt nicht „1:1“ umsetzbar, ohne zwingendes europäisches Recht zu brechen!

Das jetzt verabschiedete Gesetz sieht vor: Gilt für den Betrieb des Verleiher ein Tarifvertrag, dann muss dem Leiharbeiter dieser Tariflohn gezahlt werden (eine Selbstverständlichkeit), aber auch: kein Pfennig mehr, auch wenn der Entleihbetrieb etwa einem höheren Tarif unterliegt. Gilt beim Verleihbetrieb kein Tarifvertrag, hat der Leiharbeiter Anspruch auf die Lohnbedingungen des Entleiher. Gewonnen ist damit noch gar nichts: Gilt beim Entleiher nämlich kein Tarifvertrag,

Auszüge aus dem Vorschlag der Kommission der EU vom 20.3.2002 für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Arbeitsbedingungen von Leiharbeitnehmern (KOM[2002] 149 endgültig)

Artikel 5

Grundsatz der Nichtdiskriminierung

1. Leiharbeitnehmer werden während der Dauer der Überlassung mindestens ebenso günstig behandelt wie ein vergleichbarer Arbeitnehmer des entleihenden Unternehmens was die wesentlichen Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen betrifft, einschließlich derjenigen, für die eine bestimmte zurückgelegte Beschäftigungsdauer Voraussetzung ist, es sei denn, eine unterschiedliche Behandlung ist aus sachlichen Gründen gerechtfertigt. Es gilt, wo dies angemessen ist, der Pro-rata-temporis-Grundsatz.
2. Die Mitgliedstaaten können die Möglichkeit vorsehen, dass von dem in Absatz 1 formulierten Grundsatz abweichen wird, wenn Leiharbeitnehmer, die einen unbefristeten Vertrag mit dem Leiharbeitunternehmen abgeschlossen haben, auch in der Zeit zwischen zwei Überlassungen bezahlt werden.
3. Die Mitgliedstaaten können den Sozialpartnern auf der geeigneten Ebene die Möglichkeit geben, Tarifverträge zu schließen, die von dem in

Absatz 1 formulierten Grundsatz abweichen, sofern ein angemessenes Schutzniveau für die Leiharbeitnehmer gewährleistet ist.

4. Unbeschadet der Absätze 2 und 3 können die Mitgliedstaaten veranlassen, dass Absatz 1 dann nicht gilt, wenn ein Leiharbeitnehmer im Rahmen einer oder mehrerer Überlassungen in ein und demselben entleihenden Unternehmen eine Tätigkeit ausführt, die aufgrund ihrer Dauer oder ihrer Natur nicht mehr als sechs Wochen in Anspruch nimmt. Die Mitgliedstaaten ergreifen die erforderlichen Maßnahmen, um eine missbräuchliche Anwendung dieses Absatzes zu verhindern. (...)

Artikel 9

Mindestvorschriften

1. Die vorliegende Richtlinie lässt das Recht der Mitgliedstaaten unberührt, für Arbeitnehmer günstigere Rechts- und Verwaltungsvorschriften anzuwenden oder zu erlassen oder den Abschluss von Tarifverträgen oder Vereinbarungen zwischen den Sozialpartnern zu fördern oder zuzulassen, die für die Arbeitnehmer günstiger sind.
 2. Die Durchführung dieser Richtlinie ist unter keinen Umständen ein hinreichender Grund zur Rechtfertigung einer Senkung des allgemeinen Schutzniveaus für Arbeitnehmer in den von dieser Richtlinie abgedeckten Bereichen. (...). (...)
- Fundstelle: http://europa.eu.int/eur-lex/de/*

com/pdf/2002/de_502PC0149.pdf

Wesentliche Änderungen des Arbeitnehmer-Überlassungsgesetzes (AÜG) durch Artikel 6 des „Ersten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“
Stand: Beschlussempfehlung des BT-Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit vom 13.11.2002 (BT-Drucksache 15/77)

§ 9 Unwirksamkeit

Unwirksam sind:

1. Verträge zwischen Verleiher und Entleiher sowie zwischen Verleiher und Leiharbeitnehmern, wenn der Verleiher nicht die nach § 1 erforderliche Erlaubnis hat,
2. Vereinbarungen, die für den Leiharbeitnehmer für die Zeit der Überlassung an einen Entleiher schlechtere als die im Betrieb des Entleiher für einen vergleichbaren Arbeitnehmer des Entleiher geltenden wesentlichen Arbeitsbedingungen einschließlich des Arbeitsentgelts vorsehen, es sei denn, der Verleiher gewährt dem zuvor arbeitslosen Leiharbeitnehmer für die Überlassung an einen Entleiher für die Dauer von insgesamt höchstens sechs Wochen mindestens ein Nettoarbeitsentgelt in Höhe des Betrages, den der Leiharbeitnehmer zuletzt als Arbeitslosengeld erhalten hat; letzteres gilt nicht, wenn mit demselben Verleiher bereits ein Leiharbeitsverhältnis bestanden hat. Ein Tarifvertrag kann abweichende Regelungen zulassen. (...)

hat der Leiharbeiter nicht etwa Anspruch auf den entsprechenden Branchentarif, sondern nur auf die „wesentlichen Arbeitsbedingungen vergleichbarer Arbeitnehmer“ des Entleihers. Wenn also der Entleihers seiner Stammbelegschaft in den ersten – sagen wir 12 Monaten – 35% unter Branchentarif zahlt und kein Weihnachts- und kein Urlaubsgeld und danach 90% und Weihnachtsgeld erst nach zwei Jahren, dann erhalten Leiharbeiterneher dort bis zu 12 Monaten auch nur 65% des Tarifs der Verleiherbranche und Weihnachtsgeld wahrscheinlich nie, weil sie innerhalb von zwei Jahren wieder auf der Straße stehen (ohne jede Chance sich dagegen zu wehren).

Neben der Abschaffung aller Befristungs- und Kündigungsschranken für die Zeitarbeitsbranche schafft also das Gesetz auch die Beibehaltung und wahrscheinlich die weitere Absenkung des niedrigen Lohnniveaus der Leiharbeit in Deutschland (und zwar unter das Niveau, wie es vor allem in Ländern wie Frankreich und Spanien gilt).

Wer die Methoden kennt, wie heute Arbeitsrecht mit Methoden des Gesellschaftsrechts ausgehebelt wird, kann sich nämlich leicht vorstellen, wie etwa eine große Konzern-AG für den Teil ihres Produktionsbetriebs, in dem immer wieder Bedarf nach Leiharbeit besteht („atmende Fabrik“), für schlapp 25.000 Euro eine GmbH ausgründet, die (im Gegensatz zur Mutter-AG) nicht tarifgebunden ist und in dieser Neugründung z.B. das oben skizzierte Entlohnungsmodell (für neu Einzustellende) einführt. Folge, wenn jetzt die neue, tariffreie Konzern Tochter (und wer wollte dort einen Tarifvertrag erstreiken?) Leiharbeiter einer ebenso tariffreien Zeitfirma einstellt: siehe oben; die Leiharbeiter erhalten dann mit dem neuen angeblich von Gewerkschaftslobbyisten erpressten Hartz-Gesetz keinen Pfennig mehr als (im Beispiel) 65% des Branchentarifs.

Die Gewerkschaften haben es keineswegs geschafft, die Interessen der abhängig Beschäftigten in das neue Gesetz zu diktieren. Sie stehen jetzt vielmehr vor dem kaum lösbar Dilemma, die große Masse der Zeitarbeitsfirmen zu einem (ja schon fast: zu irgendeinem) Tarifabschluss zu bewegen. Gelingt das nämlich nicht, gibt es also in einem Jahr noch in nennenswertem Umfang tariffreie Zeitfirmen, werden sich die Konzerne, aber auch mittelgroße (tarifgebundene) Betriebe bis dahin durch Ausgründung eigener (dann tariffreier) Gesellschaften eingerichtet haben, die dann völlig ohne Schranken zu günstigsten Lohnbedingungen Arbeitskraft auf dem Zeitmarkt wochen- und monatweise anfordern und wieder abstoßen. Man darf vermuten, dass sich derzeit einige (die in Talk-Runden die Empörer mimen) heimlich ins Fäustchen lachen. Und: man denkt unweigerlich darüber nach, ob das mit einer Regierung Stoiber-Westerwelle auch so glatt gegangen wäre.

CSU-Parteitag

Nach dem Wahlintermezzo: Stoiber macht wie vorher

Während des Bundestagswahlkampfs hatte Stoiber das außenpolitische Gelände eher sorgsam vermieden. Die CSU hatte dazu nichts bundesweit Akzeptables im Angebot. Da Stoiber auf diesem Feld Rot-Grün nicht angreifen konnte, bot sich umgekehrt für Fischer und Schröder die Chance, mit einer Abart von Friedenspolitik nach zwei Seiten hin zu punkten: Man band Kräfte aus der bürgerlichen Mitte bzw. dem Norden des Landes, denen Stoiber suspekt war, und man zog von der PDS Kräfte ab, die friedenspolitisch nicht mehr unersetzlich erschien. Letztlich hat Kandidat Stoiber für die Union die Wahlen verloren, weil er der SPD und den Grünen, die sich auf die Kriegsantipathie in der Bevölkerung bezogen, nichts Handfestes entgegenzusetzen hatte. – Aus dieser Erfahrung hätte die CSU folgern können, dass ihre originären außenpolitischen Vorstellungen revidiert werden müssten. Dies ist aber auf dem CSU-Parteitag letztes Wochenende nicht geschehen. Im Gegenteil wird erkennbar, wie die reaktionären innenpolitischen Positionen der CSU sich mit reaktionären außenpolitischen Positionen ideologisch mengen.

EU-Ausgrenzung der Türkischen Republik

Besonders deutlich wird das in der Frage des EU-Beitritts der Türkei, den die CSU ablehnt, weil die gemeinsamen Wertvorstellungen und geschichtlichen Erfahrungen fehlten. Stattdessen wird der Türkei eine nahe Anbindung in Aussicht gestellt. Praktisch läuft diese Politik darauf hinaus, das Territorium der türkischen Republik frei zugänglich für wirtschaftliche und politische Aktivitäten der EU zu halten, es auch als Brückenkopf, Aufmarschgebiet etc. zu nutzen, der türkischen Republik aber die Möglichkeit zur Mitbestimmung ihres nicht zuletzt durch die Macht der EU definierten Schicksals zu sperren. Auf die inneren Verhältnisse der Türkischen Republik gewendet, ist diese Politik besonders abgefeimt: Die EU-Mächte würden sich jede Möglichkeit gewähren, das Land unter Druck zu setzen, während gleichzeitig den Menschen dort, namentlich den Kurden, die Möglichkeit verbaut wäre, bei den europäischen Institutionen Recht zu suchen oder wenigstens zu fliehen.

Gottesbezug in die Verfassung

Eng damit im Zusammenhang steht die Forderung, den „Gottesbezug“ in die europäische Verfassung aufzunehmen. Was meint denn das? In der Präambel des

Grundgesetzes wird der „Gottesbezug“ durch die Verwendung der Formel „... in der Verantwortung vor Gott und den Menschen ...“ hergestellt. Was das politisch heißt, hängt davon ab. Geht man zum Beispiel davon aus, dass Gott durch das Gewissen zum Menschen spricht, wird die Freiheit zur Gewissensentscheidung geschützt. Die Bestimmung hat dann einen Zug ins Antifaschistische. Der Einzelne kann sein Tun nicht durch Berufung auf „die Menschen“, den Staat, den Führer usw. rechtfertigen. Anders schaut es aus, wenn man davon ausgeht, dass Gott auf der Welt durch seinen Stellvertreter und die von ihm geleitete Organisation repräsentiert wird. Fällt dann der Mensch in Zweifel über sein Tun und Lassen, wird er nicht aufs Nachdenken und Entscheiden verwiesen, sondern aufs Nachfragen und Gehorchen. Welchen Gott die CSU verehrt, lässt sich erschließen: Vom „Gottesbezug“ ausgehend, landet sie schnurgrad bei der „Autonomie der Kirchen“.

Bayerns Identität ...



Das passt dann auch besser zur Innenpolitik, denn während Gott ja wohl über den Dingen schwebt oder wenigstens als aller Menschen gleicher Schöpfer gedacht wird, steht die Kirche fest auf dem Boden des Freistaates Bayern, wo sich gewisse Bürger Sorgen machen, dass das Land wegen Zu-

wanderung seine „christlich-abendländisch geprägte Wertetradition und damit Identität verliert“. Hier hat man vor, die Reinheit der Lebensart, früher hätte man ehrlich des Glaubens gesagt, durch Einschaltung staatlicher Gewalt zu gewährleisten. Das Fremde wird als Gefahr für die Sitten wahrgenommen.

... für ganz Europa?

Die CSU will für die EU eine Legierung von Staat, Religion und Kultur. Das ist vor allem eine autoritätsgläubige Grundeinstellung, die, breit durchgesetzt, den Menschen keine Chance lässt, nachbarschaftliches oder auch solidarisches Miteinander zu entwickeln. Angeichts der realen Ausdehnung der EU steckt in dieser Anmaßung auch noch eine gefährliche Hinterlist. Die kulturellen Differenzen innerhalb der Europäischen Union sind nämlich so erheblich, dass es keine große Auswahl gibt: Entweder man sucht und findet Verkehrsformen, die kulturelle Differenzen produktiv vermitteln, oder es gibt einen Kampf um die kulturelle Vorherrschaft, der dazu drängt, politisch ausgetragen zu werden. Die Haltung der Abweisung des Fremden an

den Grenzen baut sich aus zu Herrschaftsansprüchen über die Mitmenschen, über den Nachbarn, über anders Denkende und anders Lebende.

Sonderstatut für die Tschechische Republik

Obwohl die zuständigen Institutionen der EU klargestellt haben, dass von der Tschechischen Republik eine Distanzierung von den Benesch-Dekreten nicht verlangt werden kann, und obwohl das Parlament in Prag erst in diesem Jahr diese Zumutung einstimmig zurückgewiesen hat, erneuert der CSU-Parteitag diese Forderung. Wozu soll das dienen? Wäre die CSU nicht Regierungspartei in Bayern und sähe die Bayerische Staatsregierung sich nicht als Schutzherr der Sudetendeutschen und wäre nicht Bayern Nachbarland der Tschechischen Republik und gehörte ein Großteil ihrer Presse nicht bayerischen Verlagen, wäre es vielleicht als geschmacklose Trotzaktion zu werten.

Aber so geht es darum, der Bayerischen Staatsregierung eine moralische Position zu basteln, von der aus sie sich

in Tschechien einmischen will. Es wäre dazu selbstverständlich unendlich viel vorteilhafter gewesen, wenn die Institutionen der EU die Tschechische Republik veranlassen hätten, die Wiederaufrichtung der Tschechoslowakei nach der Niederelage Nazi-Deutschlands als irgendwie unrechtmäßig zu bemäkeln.

Da in der EU jedoch die Länder und Staaten, die von Hitler-Deutschland unterworfen und besetzt worden waren, die Mehrheit bilden, war wohl zu viel verlangt, der deutschen Politik einen Knüppel zum Angriff auf die Opfer des Dritten Reiches in die Hand zu legen.

Fazit: Die CSU hat aus der Wahlniederlage ihres Bewerbers nichts gelernt. Sie ist nicht bereit, ihre Politik zu sichern und zu klären, ob es nicht Momente der Inhumanität, der ideologischen Verbohrtheit und der Intoleranz waren, die ihr den Weg an die Regierung verbauten. Stattdessen entwickelt die CSU ein politisches Gesamtkonzept für Anhänger, in dem innen- und außenpolitische Ziele verworren aufeinander bezogen, staatliches Durchgreifen legitimieren.

maf

O-Ton

Türkei-Beitritt: „Die CSU ist sich bewusst, dass die Erweiterung die Integrationskraft Europas nicht überfordern darf. Europa muss die Frage nach seinen Grenzen beantworten. Seine geographische Ausdehnung sollte sich an gemeinsamen Wertvorstellungen und geschichtlichen Erfahrungen ausrichten. Eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU ist für uns aus diesem Grund nicht vorstellbar. Die CSU legt jedoch großen Wert auf freundschaftliche Beziehungen zur Türkei und unterstützt alle Anstrengungen, dieses Land in seiner europäischen Orientierung zu stärken und eine Form der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu finden, die eine ehrliche, realistische Perspektive für eine stabile Partnerschaft eröffnet und der strategischen Bedeutung der Türkei für die Atlantische Allianz gerecht wird.“¹

Leitkultur in Europa ...: „Die CSU unterstützt das Projekt eines europäischen Verfassungsvertrags. (...) Nach Abschluss der ersten Arbeitsphase des Konvents fordert der CSU-Parteitag: (...) die europäische Grundrechtecharta in den Verfassungsvertrag aufzunehmen und dabei den Gottesbezug in der Präambel zu verankern, – Sicherungen für die Vielfalt, nationale Identität, die regionale Eigenverantwortung, die kommunale Selbstverwaltung und die Autonomie der Kirchen aufzunehmen (...)“¹

... und in der BRD: „Zur Sicherung wissenschaftlicher Spitzenleistungen, hoher Innovationskraft und wirtschaftlicher Dynamik müssen wir deshalb auch in Zukunft offen sein für qualifizierte ausländische Fachkräfte, Unter-

nehmer und Wissenschaftler. – Wir wollen, dass trotz aller Modernität die Grundlagen der bayerischen Identität, die Kultur unseres Landes und seine Traditionen bewahrt und geachtet werden. Die Bürgerinnen und Bürger in Bayern müssen sich auch in Zukunft in ihrer Heimat wohlfühlen können. Viele Bürger haben angesichts des hohen Ausländeranteils und des anhaltenden Zuwanderungsdrucks aus weniger entwickelten Regionen die Sorge, dass Bayern seine christlich-abendländisch geprägte Wertetradition und damit Identität verlieren könnte. Vor diesem Hintergrund müssen wir die Zuwanderung von Ausländern aus Nicht-EU-Staaten wirksam steuern und begrenzen. Das Zuwanderungsgesetz von Rot-Grün lehnen wir entschieden ab, weil es die Zuwanderung von Ausländern massiv ausweitet und darauf abzielt, Deutschland in ein multikulturelles Einwanderungsland umzuwandeln.“²

Was die Tschechische Republik „muss“: „Die Weitergeltung der Benes-Dekrete und des Straffreistellungsgesetzes ist für die CSU nicht akzeptabel. Es widerspricht der europäischen Friedens- und Einigungsiede, heute noch menschenverachtende Vertreibungen von Unionsbürgern zu rechtfertigen. Die Tschechische Republik muss deshalb noch vor der Abstimmung über einen EU-Beitritt hierzu klar Stellung beziehen.“¹

Quellen: www.csu.de. 1 Reformen für eine erweiterte Europäische Union, Leitantrag zum Parteitag der CSU am 22./23. November 2002. 2 Leitantrag: „Zukunftsland Bayern“, Antrag des PV an den Parteitag der CSU am 22./23. November 2002 in München

Energisch verlangt die Türkei ein Beitrittsdatum

Rettung des Abendlandes vor der Türkei oder Beitritt zur EU

Sofort nach den Wahlen am 3. November besuchte der Vorsitzende Erdogan der neuen Regierungspartei AKP die europäischen Hauptstädte, warb für das Programm und die neue Regierung sowie die Festlegung eines Termins für den Beitritt der Türkei zur EU. Dieses Tempo, mit dem Erdogan durch die europäischen Staaten eilte und die Erfüllung von Forderungen der EU angesichts des EU-Gipfel vom 12. bis 14. Dezember zusicherte, hat eine heftige Debatte in Europa ausgelöst.

Der neue türkische Ministerpräsident Gül legte Ende November 36 Gesetze vor: Folter soll nicht mehr verjähren und ohne „Toleranz“ direkt durch Staatsanwälte und Gerichte verfolgt werden. Die Befugnisse der Staatssicherheitsgerichte sollen weiter eingeschränkt werden. Viele Gerichtsverfahren können nach einer gesetzlichen Einengung der politischen Verfolgung neu aufgerollt werden, was auch für die DEP-Abgeordneten gilt, die zum Teil noch wie Leyla Zana, Hatip Dicle oder Orhan Dogan nach acht Jahren in Haft sitzen. Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten, die Unterricht in Kurdisch forderten, sollen wieder in die Schulen und Universitäten zurückkehren dürfen. Ebenso alle Schülerinnen, die wegen Tragens eines Kopftuches von den Gymnasien verwiesen worden waren. Die Stellung der religiösen Minderheiten soll den EU-Standards angepasst werden, darunter gehört auch die Beseitigung des Verbots auf Erwerb und Erhalt von Immobilien. Die Rechtsverhältnisse in- und ausländischer Stiftungen sollen neu geordnet werden. Gül kündigte weiterhin eine umfassende Verwaltungsreform an. Besonders interessant dabei ist das Vorhaben einer verstärkten Regionalisierung und größerer finanzieller Autonomie der Provinzen. Bei diesen Punkten kann sich die Regierung der Unterstützung der Oppositionspartei CHP sicher sein.

Bei einer angedeuteten Einlenkung in der Zypernfrage kritisierten Militär und CHP sofort, dass die neue Regierung den UN-Plan unterstützen und so das besetzte Nordzypern aufgeben wolle.

Und letztlich kündigte Gül an, dass die Türkei eine neue Verfassung europäischer Norm erhalten soll, die die individuellen Freiheitsrechte stärken sowie eine pluralistische Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sichern soll und womit die Türkei sich von Relikten des Militärputsches von 1980 verabschieden würde. Sogleich warnte der CHP-Oppositionsführer Baykal, die „80-jährigen Errungenschaften der Republik“ anzurühren.

Die FAZ vom 29.11. kommentiert:

„Und niemand hatte geglaubt, dass diese Regierung in ihren ersten Amtstagen die Europäer – in den Worten des Ministerpräsidenten Gül – auch mit ihrer innenpolitischen Reformbereitschaft „schocken“ werde. Weil die EU-Sprachregelung bisher heuchlerisch und verschleiernd war (man vertraute darauf, dass die Türkei die Bedingungen für eine Mitgliedschaft auf unabsehbare Zeit nicht erfüllen könne), sind die EU-Staaten auch jetzt, da Entscheidungen nicht mehr zu umgehen sind, zu einer deutlichen Sprache nicht fähig.“

Der außenpolitische EU-Koordinator Solana kommentierte den Erdrutschsieg der gemäßigten islamistischen AKP, man sei durch langjährige Partnerschaft verbunden und werde weiterhin mit der neuen Regierung konstruktiv zusammenarbeiten. EU-Kommissar Verheugen forderte sofort von der neuen Regierung Gesetzesänderungen und weitere Schritte zur Demokratie, wie z.B. Freilassung politischer Gefangener aus türkischen Gefängnissen. Dabei nannte er namentlich die kurdische DEP-Abgeordnete Leyla Zana. Ein offizielles Datum für Beitrittsverhandlungen könne erst genannt werden, wenn die Türkei trotz beeindruckender Fortschritte alle politischen Bedingungen erfülle.

Bundeskanzler Schröder forderte ein „Signal“, „das über die Zugeständnisse des EU-Gipfels von Brüssel hinausgeht“, und ein „Rendezvoustermin“, an dem offenbar über ein Datum für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen entschieden werden soll.

Heftig dagegen fiel die Reaktion der konservativ-christlichen Parteien aus, die das christliche Abendland in Gefahr wöhnen. Die CSU stimmte einstimmig gegen einen EU-Beitritt der Türkei. Ihr Chef Stoiber befürchtet die Türkei wieder vor Wien und erklärte: Die Türkei passe nicht zur Werte- und Kulturmehrheit Europas. Gemeinsam mit CDU-Chefin Merkel forderte er weiterhin Sonderbeziehungen statt EU-Mitgliedschaft. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken lehnte einen baldigen Beitritt ab, weil die Türkei „die Menschenrechte missachte, den Islam rigide bevormunde und die christlichen Kirchen in skandalöser Form einschnüre“. Frankreichs Ex-Präsident Giscard d'Estaing postulierte sogar das „Ende der EU“ bei einem Türkei-Beitritt, denn die Türkei sei geografisch und kulturell kein Teil Europas.

Die Kommentatoren der Tageszeitungen von *Frankfurter Rundschau* über FAZ bis zur Welt warnen allenthalben: Bekomme die Türkei ein Datum genannt für einen Termin zur Festlegung von Beitrittsverhandlungen, werde „die Tür zur

Vollmitgliedschaft sperrangelweit“ geöffnet. *Die Welt* vom 5.11. schrieb: „Die Türkei ist Europa nach diesen Wahlen fremder geworden. Noch fremder als zuvor.“

Nach der Reise Erdogans mutmaßt die *Financial Times* vom 28.11.: „Schon jetzt scheint klar, dass kein Regierungschef der EU einen Beschluss zu Gunsten Ankaras im Alleingang verhindern wird. Aus guten Gründen will niemand die Verantwortung auf sich nehmen, das Ver-



EU-Tür verschlossen? (Bild: EU-Informationsstand auf dem Prager Nato-Gipfel, Bild: Arbeiterfotografie

hältnis zu den Türkei in der Türkei oder in Europa empfindlich zu belasten ... In Kopenhagen dürfte Erdogan ein Verhandlungsbeginn für den Zeitraum 2004 bis 2005 in Aussicht gestellt werden – wenn Ankara das Land bis dahin in einen Staat verwandelt, der den europäischen Demokratischen Ansprüchen genügt.“ Das würde bedeuten, dass ein EU-Beitritt der Türkei auf 2010 in Aussicht genommen werden könnte.

Die Diskussion verlagert sich in den letzten Tagen vor dem Gipfel dann auch mehr auf das Thema, was kostet es Europa, wenn die Türkei aufgenommen würde. Über 20 Mrd. Euro pro Jahr wird spekuliert, Deutschland müsse davon jährlich fünf Mrd. zahlen. Der Beitrittskandidat Türkei rangiere wirtschaftlich weit abgeschlagen auf dem letzten Platz der 13 Beitrittskandidaten, weit hinter Bulgarien oder Rumänien usw.

Zufriedenheit kommt während dieses Streits um die EU-Aufnahme der Türkei nur darüber auf, dass die AKP nach den Wahlen versicherte, die Auflagen des Internationalen Währungsfonds einzuhalten und den Zins- und Tilgungsverpflichtungen für die mittlerweile 207 Mrd. Dollar hohen türkischen Auslandschulden weiter nachzukommen. Der IWF vergab allein seit 1999 30 Mrd. Dollar Kredit an die Türkei. Weitere 14 Mrd. Dollar stehen zur Auszahlung an.

Zudem machen die USA Druck auf die europäischen Staaten, der Türkei einen Termin für Beitrittsverhandlungen zu nennen. Sie brauchen die Türkei für den bevorstehenden Irak-Angriff. Welche Haltung die neue Regierung in Ankara bei einem Irak-Angriff einnimmt, ist bis-

her nicht öffentlich. Bisher handeln hier die Militärs. Auch ist die Europäische Eingreiftruppe, die im nächsten Jahr einsatzbereit sein soll, noch durch die Haltung der Türkei blockiert.

Offen ist auch, wie die neue Regierung die Verhältnisse im kurdischen Südosten des Landes regeln wird. Die Einkommensverteilung mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 10.000 Dollar im Westen, aber nur 500 Dollar im Osten zeugt von der Stagnation wirtschaftlicher Entwicklung in den kurdischen Gebieten und erzeugt dauernde hohe Emigrationswellen. Nach der jetzt erfolgten Aufhebung des Ausnahmezustandes in den letzten beiden kurdischen Provinzen Diyarbakir und Sirnak ist der Kriegszustand zwar offiziell beendet, doch von „Normalität“ kann nicht die Rede sein. Nach wie vor leben Hunderttausende, die ihre zerstörten und verbrannten Dörfer verlassen mussten, in Slums und Dreck im Elend. Nach wie vor besteht das Dorfschützer-System mit 77.000 bewaffneten Kräften – von denen mindestens ein Drittel wegen Drogenhandels, Waffenschmuggels, Überfällen usw. verurteilt sind, die eine Rückkehr der Dorfbewohner teilweise mit Waffengewalt zu verhindern suchen.

Im jetzigen Parlament ist die kurdische Bewegung jedenfalls nicht vertreten. Den guten Willen der neuen Regierung vorausgesetzt, ist für die Änderung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Südosten und damit für die gesamte Türkei ein harter innenpolitischer Kampf mit Militär, Gouverneuren und altem Staatsapparat zu bestehen. Das Militär will sich ein neues Rüstungsprogramm über 140 Mrd. Dollar von der USA für ihren Beistand in dem Irak-Krieg erkaufen. Und gerade ist in Istanbul die bekannte Menschen- und Frauenrechtlerin Erin Keskin, Anwältin und stv. IHD-Vorsitzende, mit einem Jahr Berufsverbot belegt worden.



Flüchtlingslager

Die Festlegung auf ein EU-Beitrittsdatum könnte die Auseinandersetzungen um Demokratie, Frieden und wirtschaftliche Entwicklung befördern. Eine erneute Machtprobe steht im nächsten Jahr bei den Regional- und Kommunalwahlen bevor.

rub

Quellen: Die Welt, FAZ, FR, Financial Times, NZZ, Süddeutsche Zeitung 5.11. bis 28.11.



Fiat Italien: Anhaltende Protestaktionen führen zu Teilerfolg

Die Entlassung von 8.100 Fiat-Arbeitern, für den 25.11. vorgesehen, ist zunächst einmal aufgeschoben. Der Konzern konnte zu weiteren Gesprächen mit den Gewerkschaften ab 5. Dezember gezwungen werden; danach will er über seine Kündigungspläne entscheiden. Die Gewerkschaften gehen davon aus, dass von den angekündigten Schließungen nicht nur die 8.100 Fiat-Beschäftigten, sondern angesichts der Auswirkungen auf die Zuliefererindustrie und die Unterlieferanten mindestens 50.000 Menschen ihre Arbeit verlieren. Deshalb war es nach der Ankündigung der Fiat-Familie Agnelli, den Produktionsbereich Auto schließen bzw. an General Motors verkaufen zu wollen, im ganzen Land zu Streik- und Blockadeaktionen gekommen. In den letzten Novembertagen legten die Alfa-Romeo-ArbeiterInnen aus Arese – das Werk ist von der Schließung bedroht – den Mailänder Flughafen lahm; in Turin demonstrierten 70.000 Menschen, Arbeiter des Werkes Cassino blockierten den Zugang zur Autobahn Rom-Neapel, die Bewegung der „Disobedienti“ (der „Ungehorsamen“) belagerte eine Kunstausstellung in Venedig. Zentrum der Auseinandersetzungen war Sizilien, wo die Arbeitslosigkeit offiziell 25% beträgt und die Schließung des Fiat-Werkes Imerese zu einer Katastrophe für viele tausend Familien und zu einem großen Rückschlag jeden Versuchs der Industrialisierung der Insel führt. Seit Wochen hielten die Beschäftigten das Werk besetzt. Am 11.11. blockierten sie alle wichtigen Verkehrsknotenpunkte der Insel und legten ganz Sizilien lahm. Zehntausende demonstrierten am 26.11. in Rom. Rifondazione Comunista, die Gewerkschaft CGIL und die gewerkschaftlichen Basiskomitees Sin Cobas fordern eine Intervention des Staates, die über die soziale Abfederung der Krise hinausgeht. Sie verknüpfen diese Forderung mit der Forderung, in Programme zu in-

vestieren, die insbesondere in den abgasbelasteten Großstädten „Entwicklung, Umweltschutz und Mobilität besser in Einklang bringen“, wie es ein Dokument der CGIL formuliert. Ein erster Anlauf der Rifondazione, Fiat Auto „angesichts des größten Zusammenbruchs der Geschichte“ (so ihre Vorsitzender Bertinotti) zu einem symbolischen Preis zu verstaatlichen, scheiterte im Senat. (Quelle: www.megographics.de und WoZ: Bild: Indymedia Italien)

Kroatien vor Generalstreik?

Gegenwärtig finden in Kroatien etliche Streiks statt, die durch die Folgen massiver Wirtschaftskriminalität für die Beschäftigten ausgelöst wurden. Ausgelöst wurde die Streikwelle durch 380 Textilarbeiterinnen der Naprijed, einer der inzwischen administrativ kontrollierten Fabriken aus der ehemaligen Aktionsgesellschaft des berüchtigten Josip Gucic von der HDZ, der jahrelang die kroatische Wirtschaft zerstört und ausgeplündert hat. Die Arbeiterinnen der von Schließung bedrohten Werke, die jahrelang zu Löhnen unterhalb des Mindestlohns arbeiteten, wollen wenigstens erreichen, dass ihre Arbeitsjahre in dem Werk und die daraus resultierenden Ansprüche anerkannt werden. Nachdem ihr Streik Erfolg hatte, bereiten die Beschäftigten von zahlreichen Werken, die sich in vergleichbarer Lage befinden, ebenfalls Streikaktionen vor. Auch ein Streik in einem Hotel hat die Aufmerksamkeit auf das Problem der kriminellen Transformation von Firmen gelenkt, die in jüngster Zeit gegründet wurden. Das Hotel war während der Zeit des HDZ-Regimes verscherbelt worden, die Angestellten mussten sich seit Monaten mit einem Gehalt unterhalb des gesetzlich garantierten Minimums begnügen; jetzt soll es geschlossen werden, die Angestellten traten daraufhin in den Streik. – Die Beschäftigten von Kroatien-Bus prangeren durch ihre Gewerkschaft seit langem die kriminellen Machenschaften der Fir-

menleitung an, seit einigen Wochen blockieren sie aus Protest gegen die Untätigkeit der Gerichte die Firmeneingänge. – Jetzt haben die Gewerkschaften der Telecom Kroatien und der Post Kroatien einen Generalstreik angekündigt, wenn die Regierung nicht ihre Pläne aufgibt, sich bei der angestrebten Privatisierung der Unternehmen direkt auf Kosten der Beschäftigten zu bereichern. Die Gewerkschaften bei der größten Erdölfirma INA und beim nationalen Energieunternehmen HEP – beide Betriebe sollen ebenfalls privatisiert werden – haben ihre Unterstützung für einen Generalstreik signalisiert. Auch im Gesundheitswesen bereiten sich die Gewerkschaften auf einen Streik für die Erhöhung der Löhne und Gehälter um 50% vor; die Zollbeamten fordern ebenso deutliche Gehaltserhöhungen – sie verdienen durchschnittlich 400 Euro im Monat – und die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen. (Quelle: www.megographics.de)

Wroclaw: Polizei gegen protestierende PflegerInnen

In Wroclaw, Polen, protestieren Pflegerinnen und Pfleger für die Auszahlung ihrer Löhne, u.a. mit der Besetzung eines Krankenhauses und der Blockade von Straßen (Bild). Dabei wurden mehr als 100 Beschäftigte des Krankenhauses von der Polizei brutal angegriffen. Im Krankenhaus befinden sich 8 Menschen in einem Hungerstreik. (Quelle: indymedia)



Afghanistan: USA und Großbritannien wollen Truppen verstärken

Britischen Regierungskreisen zufolge wollen die USA und Großbritannien die Präsenz „internationaler Schutztruppen“ in Afghanistan über die Hauptstadt Kabul hinaus ausweiten. Die ersten US-Truppen sollen demzufolge noch im Dezember in die Stadt Gardes verlegt werden, Großbritannien wolle die Verantwortung für eine von vier oder fünf weiter vorgesehenen Städten übernehmen. Der US-Afghanistan-Gesandte teilte mit, dass die von den USA und anderen Ländern gestellten Truppen für die Provinzen formell nicht der internationalen Schutztruppe ISAF unterstellt würden. Die Idee sei, so hieß es aus britischen Regierungskreisen, „ein relativ kleines Team aus 40 bis 60 Spezialisten für Wiederaufbau und Sicherheit zu entsenden, das von Soldaten geschützt wird“.

Zusammenstellung: scc

MÜNCHEN. Weniger als hundert Neonazis folgten am 30.11.02 einem Aufruf des Hamburger Nazikaders Christian Worch zu einem Sternmarsch mit bundesweiter Beteiligung in München. Rund 1000 Menschen beteiligten sich dagegen an einer Kundgebung des Bündnisses gegen den Naziaufmarsch, dem neben antifaschistischen Gruppen, PDS und DKP auch Gewerkschaften und SPD-Abgeordnete angehören. Siegfried Benker, Fraktionschef der Münchner Grünen, rief dazu auf, den Nazis nicht die Straße zu überlassen. Gegen ihn läuft mittlerweile ein Verfahren der Staatsanwaltschaft, da er mehrfach an die Münchner appelliert hatte, sich dem genehmigten Nazi-aufmarsch in den Weg zu stellen. Nach dem Ende der antifaschistischen Kundgebung versuchten mehrere hundert Menschen, den Nazimarsch zum Goetheplatz zu stoppen. Ein Großaufgebot von 1500 Polizisten aus mehreren Bundesländern bahnte den Rechtsextremen jedoch gewaltsam den Weg. 35 Personen wurden im Verlauf des Einsatzes laut Polizeiangaben festgenommen, 29 davon Gegendemonstranten.

Nick Brauns



Kampagne „Roma bleiben hier“ ruft zur breiten Unterstützung auf

BERLIN, DÜSSELDORF. 300 Roma-Familien aus Nordrhein-Westfalen demonstrierten seit April gegen ihre drohenden Abschiebungen. Mit einer Karawane durch mehrere deutsche Großstädte und einem seit Monaten andauernden Protestcamp in Düsseldorf machen sie ihre Forderungen nach einem Bleiberecht öffentlich. In Berlin gibt es zwar einen Beschluss des Berliner Abgeordnetenhauses, sich auf Bundesebene für ein Bleiberecht der länger in Deutschland lebenden Roma einzusetzen, dennoch sind vor kurzem auch hier Roma nach Serbien abgeschoben worden. Aus Protest organisierten Berliner Roma am 15.11.02 eine Kundgebung vor dem Roten Rathaus mit anschließender Demonstration zur Senatsinnenverwaltung. Am Montag, den 18.11.02 besetzten sie bis zum 20. November die Berliner PDS-Landeszentrale im Karl-Liebknecht-Haus. Ziel der Aktionen ist ein dauerhaftes Bleiberecht für Roma-Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien. Einen Beschluss in dieser Richtung fordern die BesetzerInnen der Gruppe „Amen acas kate“ (Wir bleiben hier) von der am 6. Dezember tagenden Innenministerkonferenz in Bremen. Aus ihrer Presseerklärung: „Uns droht die Abschiebung nach Jugoslawien. Die PDS ist in der Berliner Regierung. Die PDS hat mitbeschlossen, dass Roma in Berlin ein Bleiberecht erhalten sollen. Die PDS hat nicht verhindert, dass Innensenator Körting und seine wildgewordene Ausländerbehörde weiterhin unsere Menschen abschieben. Dabei trennen sie Familien, schieben Kranke ab, und es ist ihnen gleichgültig, was uns dort erwartet: Wir haben in Jugoslawien keine Wohnmöglichkeit mehr. Es gibt für uns keinen sicheren Ort.“

Am 27. November besetzten 30 Roma die NRW-Landesgeschäftsstelle der Grünen in Düsseldorf. Sie verlangen vom grünen Außenminister, den Lagebericht

des Auswärtigen Amtes zu ändern, und richteten an Claudia Roth vom Grünen Bundesvorstand die Aufforderung, ihr Versprechen einzuhalten und vor der Innenministerkonferenz am 6. Dezember nach Jugoslawien zu reisen und von der dortigen Situation zu berichten.

Am gleichen Tag riefen antirassistische Gruppen aus Berlin und NRW zu einer Faxkampagne für ein Bleiberecht auf: „Wir bitten Sie, den beigefügten Textvorschlag oder eine eigene Formulierung an alle Innenminister der einzelnen Bundesländer und an den Innenminister der Bundesrepublik Deutschland zu schicken. Da in einer Konferenz vom 4. bis 6. Dezember die Abschiebungen beschlossen werden sollen, bitten wir Sie, möglichst schnell zu reagieren. Aber auch nach diesem Termin ist die Unterstützung der Bleiberechtsforderung wichtig, weil die Kampagne weiter fortgeführt werden wird. Der Aufruf und ein Textvorschlag sind auf der Homepage der Antirassistischen Initiative Berlin www.berlinet.de/ari als rtf-Datei in deutscher, englischer, französischer und spanischer Sprache abrufbar. Von dort können die Schreiben an die Innenminister auch direkt per email versandt werden.“ www.berlinet.de/ari

Demo der Gewerkschaften am 5.12. vor den Innenministern in Bremen

BREMEN. Zu einer Demonstration gegen die geplanten Einschnitte bei der Beamtenbesoldung und die Aufweichung des Flächentarifvertrages im öffentlichen Dienst rufen die Gewerkschaften DGB, GdP, GEW, ver.di, TRANSNET, IG BAU und IG BCE für Donnerstag, 5. Dezember, in Bremen auf. Am Rande der Innenministerkonferenz sprechen auf dem Rudolf-Hilferding-Platz um 14.30 Uhr ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske, GEW-Chefin Eva-Maria Stange und Ingrid Sehrbrock vom DGB-Bundesvorstand. In ihrem Aufruf schreiben sie: „Der Vorstoß, Öffnungsklauseln im Besoldungsrecht einzuführen, erfolgte gezielt vor den Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes. Die Forderungen sollen Druck auf die Tarifverhandlungen ausüben. Öffnungsklauseln in den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes sollen den Weg frei machen für eine Verringerung der Einkommen durch Landesrecht. Dazu instrumentalisieren die öffentlichen Arbeitgeber verbreitete Vorurteile über die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Bürgerinnen und Bürger werden über bisherige Kürzungen im öffentlichen



Bild: www.umbruch-bildarchiv.de

Sektor bewusst im Unklaren gelassen. Die Verdienste im öffentlichen Dienst sind in den vergangenen Jahren deutlich hinter der Einkommensentwicklung in der Privatwirtschaft zurückgeblieben. Die Auswirkungen bereits umgesetzter Maßnahmen wie Einstellungsstopps, längere Arbeitszeiten, erhebliche Arbeitsverdichtung sind unübersehbar. Die geplante Besoldungsabsenkung wird Überalterung, Nachwuchsmangel und Demotivation weiter verstärken. Einmal mehr soll der öffentliche Dienst für Versäumnisse der Politik einstehen. Die Hauhaldsgänge werden auf dem Rücken der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ausgetragen. Die Beschäftigten werden zum Spielball einer konzeptionslosen Sparpolitik ... Wir treten ein

- für eine Offensive, die den öffentlichen Sektor wirklich modernisiert
- für hochwertige öffentliche Dienstleistungen
- für eine bürgernahe und transparente Verwaltung.

www.gew.de

Alles in Ordnung? – Nein! Aktionsstage und Demo am 5.12. in Bremen

BREMEN. Unter dem Motto „Gegen Abschottung nach außen und Überwachung nach innen“ führen rund 30 Bremer Gruppen Aktionstage durch und rufen zur Demonstration am Donnerstag, den 5.12. um 17 Uhr am Bahnhof Bremen auf. Ihre Stichworte sind: Videoüberwachung, Privatisierung öffentlicher Räume, Abschiebungen, Residenzpflicht, Rastereinfahrt, Aufstockung von Polizei und Bundesgrenzschutz, Demonstrationsverbote, Verschärfung des Versammlungsrechts und die deutsche Kriegsbe teiligung. Aus dem Aufruf: „Der Politik der SicherheitsstrategInnen setzen wir unsere eigenen Vorstellungen von sozialen und politischen Rechten und einem Leben jenseits kapitalistischer Verwertungslogik entgegen. Wider die Kontrolle sämtlicher Lebensbereiche, die repressive Sicherheitspolitik und die herrschende Ordnung! Wir kämpfen für offene Grenzen, Bewegungsfreiheit und Freizügigkeit. Solidarität mit den Bleiberechtskämpfern der MigrantInnen und Flüchtlinge! Keinen erneuten Angriff auf den Irak! Rückzug der deutschen Truppen weltweit! Für einen revolutionären Ausnahmezustand!“

www.alles-in-ordnung.de.vu

Was tun gegen Hartz – Initiativen in Berlin und Frankfurt am Main

BERLIN, FRANKFURT A.M. Gefördert vom Netzwerk Selbsthilfe hat sich das „Berliner Bündnis für soziale Grundrechte – Stoppt die Hartz-Pläne“ mit ca. 60 Personen gegründet. Es ruft zur Demonstration am 5. Dezember um 17 Uhr am Arbeitsamt Charlottenstraße (Kreuzberg) auf unter den Losungen „Für 1,2 ... viele Bündnisse gegen Niedriglohn, Leiharbeit und Arbeitszwang! – Für eine außerparlamentarische und kämpferische Op

position gegen den rotgrünen Neoliberalismus! – Gewerkschaften raus aus dem Boot! Solidarität statt Ich-AG!“

In Frankfurt wollen Arbeitsloseninitiativen am 18. Dezember um 19.30 im Club Voltaire ein breites regionales Bündnis gegen die Angriffe der Hartz-Pläne auf Erwerbslose und Beschäftigte schaffen. Es soll eine Gegeninformationskampagne ins Leben gerufen und den Protest gegen den Abbau lang erkämpfter Rechte gebündelt werden. www.anti-hartz.de

Senat muss über Petition „Bildung ist Menschenrecht“ beraten

BREMEN. Zu einem eindrucksvollen Zeichen des Protestes gegen die Bildungspolitik des Hamburger Senats ist die Volkspetition „Bildung ist Menschenrecht“ geworden. Statt der geforderten 10.000 sind in wenigen Wochen über 43.000 Unterschriften gesammelt worden, mit denen die Unterzeichner die Bürgerschaft auffordern, die beschlossenen Kürzungen im Bildungsbereich zurückzunehmen. Die Unterschriftenlisten wurden am 18.11.2002 der Präsidentin der Hamburger Bürgerschaft, Dorothee Stapelfeldt, übergeben. Damit muss sich die Hamburger Bürgerschaft mit dem Begehr der Petition befassen.

www.lokalberichte-hamburg.de

Abstimmung: „Uni oder Business-School? – Ihr habt die Wahl!“

MANNHEIM. Wie in PB Nr. 23 berichtet, gibt es an der Universität Mannheim einen Streit um das Strukturpapier über die Zukunft der Universität. Der AStA veranstaltete dazu am 25. und 26. November in der Mensa eine Abstimmung unter dem Motto „Uni oder Business School – Ihr habt die Wahl“. Dieser „Urnengang“ gab den Studenten und sonstigen Universitätsmitgliedern die Gelegenheit, ihr Votum zur „Profilbildung“ an der Universität Mannheim abzugeben. Die Aktion sollte auch dazu dienen, das Thema in der Diskussion zu halten, ansprechbar zu sein und den Studierenden die Alternativen zur Zukunft der Uni Mannheim vor Augen zu führen. Insgesamt nahmen mit 519 Universitätsangehörigen – darunter auch einige Professoren – überraschend viele Personen an der Abstimmung teil. Für den Erhalt der Fächervielfalt votierten 368 Kommilitonen, 138 waren für eine weitere Stärkung der Kernbereiche, 13 Stimmen waren ungültig. Damit stimmten 71% für den Erhalt der Fächervielfalt. Obwohl die Abstimmung nicht den Anspruch erhebt repräsentativ zu sein, zeigt das Ergebnis doch eine deutliche Tendenz. Das Resultat

wird die kritischen Positionen gegenüber dem Rektorat stärken.

www.asta.uni-mannheim.de

ver.di-Aktion: „Wir lassen uns die Butter nicht vom Brot nehmen“

STUTTGART. Ein öffentliches Vesper veranstalteten Beschäftigte der Stadtverwaltung am 20. November auf dem Stuttgarter Marktplatz. Die Gewerkschaft ver.di hatte dazu aufgerufen, um gegen den Haushaltsentwurf der Bürgermeister Lang und Murawski zu protestieren. Diese sehen u.a. vor, dass die Kantinen für die Beschäftigten eingeschränkt oder geschlossen werden.

www.kommunale-berichte-stuttgart.de



ver.di-Aktion Stu

Polnische und deutsche Studierende unterzeichnen eine Partnerschaft

POTSDAM. Vom 22. bis 24. November 2002 fand im polnischen Gronów der Kongress „Herausforderung Grenzregion“ statt. Ziel war die Vernetzung und Förderung der Zusammenarbeit von 3 Studierendenvertretungen des Landes Brandenburg und 5 der Wojewodschaft Lubuskie. „Besonders wichtig war uns, dass in einer gemeinsamen Erklärung der Austausch von Studierendensebstverwaltungen aufgenommen wird“, so Potsdams AStA-Referent Niels Gatzke. Die Partnerschaftserklärung lautet: „Wir, die Studierendenvertreter der Wojewodschaft Lubuskie und des Bundeslandes Brandenburg erklären hiermit unseren Willen zur Zusammenarbeit im Interesse der Studierenden beiderseits der Grenze. Im Rahmen dieser Kontakte werden wir uns dafür einsetzen, den Austausch in den Bereichen Studierendensebstverwaltung, Bildung und Wissenschaft (Organisation von Fortbildungsmaßnahmen, Fachkonferenzen, etc.), Kultur (Austausch von Informationen zu kulturellen Veranstaltungen an den jeweiligen Hochschulen) und Sport zu fördern. Wir erklären hiermit unseren Willen, sämtliche Anstrengungen zu unternehmen, die uns diesen gemeinsamen Zielen näher bringen und zu einer lebendigen Kooperation führen.“ www.asta.uni-potsdam.de

Anders haushalten in Hamburg

von Norbert Hackbusch (REGENBOGEN Vorstandsmitglied)

Seit 1993 hat Hamburg in allen Bereichen über 7000 Stellen abgebaut und 2,5 Mrd. DM weniger Geld ausgegeben. Schon das war fatal, aber die darauf aufbauenden Kürzungen des jetzigen Senats gehen vielfach an die Substanz. Die vielen einzelnen Maßnahmen zusammengenommen zielen ins soziale und kulturelle Mark unserer Stadt, sie belasten den Bereich Bildung und treffen die Schwächsten dieser Gesellschaft besonders hart.

Die Haushaltspolitik wurde von fast allen Parteien als ein Bereich der Abwesenheit der Politik bestimmt, in der nur noch Buchhalter und Abteilungsleiter herrschen – gerade die Grünen haben sich hier als die Ober-Haushalts-Sanierer profiliert. Wir dagegen betonen die Verantwortung der Politik – wobei wir nicht vergessen, dass Geld nicht alles ist, aber doch wichtige Grundlage für viele Politiken.

Ein Haushälter sieht die Zusammenhänge von oben durch die Zahlen. Darin steht, dass der jetzige Senat im Jahre 2002 ca. 40 Mio. DM gestrichen und umverteilt hat. In Relation dazu sind die ca. 400 Mio. DM Einnahmeausfälle in diesem Jahr im Verhältnis zu den Prognosen im letzten Jahr gravierender.

Die Kassen sind geplündert – als letztes der Grundstock für den Erwerb von Grundstücken in dieser Stadt von bisher ca. 350 Mio. Euro auf unter 100 Mio. Euro – hochheiliges Feld. Bei einem Haushalt von 8,5 Mrd. Euro sind 1,3 Mrd. Euro nicht gedeckt!

Hamburg spart ...

... weil die Stadt vom Bund weniger Steuergelder bekommt

Die allermeisten Einnahmen der Stadt Hamburg werden durch die Bundesregierung festgelegt (Einkommenssteuer, Körperschaftssteuern, Mehrwertsteuer, Rahmenbedingungen der Gewerbesteuer). Die Defizite im Betriebshaushalt dieser Stadt resultieren zumeist aus zurückgehenden Steuereinnahmen. Allein durch die letzte Steuerreform im Jahr 2001 gab es in Hamburg ca. 1,2 Mrd. DM weniger Steuereinnahmen im Jahre 2001.

Rot-Grün organisiert mehr öffentliche Armut und privaten Reichtum

Während die Steuern, die von den meisten Menschen bezahlt werden müssen (Lohn- und Einkommenssteuer sowie Mehrwertsteuer), seit Jahren steigen, hat die jeweilige Bundesregierung – unabhängig von der politischen Couleur – die Steuern für Unternehmen bzw. aus Ge-

winnen kräftig gesenkt: Spitzenreiter ist die Körperschaftssteuer, die schon unter Kohl an Schwindsucht litt, um unter Schröder/Eichel völlig zusammenzubrechen. Nächstes Opfer ist die Gewerbesteuer. Im Jahre 2003 verliert Hamburg geschätzte 300 Mio. Euro (von insgesamt 1500 Mio. Euro Hamburger Einnahmen bei der Gewerbesteuer). Die Vermögenssteuer wurde bereits 1995 für das Finanzjahr 1997 abgeschafft (und hat im Jahre 1996 noch über 200 Mio. Euro für den Hamburger Haushalt gebracht) und wurde trotz Wahlversprechen von Rot-Grün nicht wieder eingeführt.

Die Senkung der Unternehmenssteuern sollte zu einem Wirtschaftsaufschwung führen, Menschen in Arbeit bringen und damit dann auch wieder die Einnahmen erhöhen und die Ausgaben verringern. Diese Rechnung ist nicht aufgegangen.

Die neuen Versprechen der neuwalten Bundesregierung

Nun gibt es neue Versprechungen der neuwalten Bundesregierung, zu mehr Steuergerichtigkeit beizutragen. Sie will sie eine Mindestbesteuerung von Kapitalgesellschaften einführen (zum Beispiel als Folge einer Begrenzung der Verlustverrechnungen) und sämtliche Gewinne aus Aktienverkäufen besteuern. Rot-Grün will die finanzielle Situation der Gemeinden verbessern, insbesondere die Gewerbesteuer stabilisieren. Gewerbesteuern sollen dort anfallen, wo sie erwirtschaftet werden. Ein die Steuern senkendes Verschieben von Gewinnen und Verlusten soll eingeschränkt werden. Das klingt nicht schlecht, doch diese allgemein formulierten Koalitionsaussagen müssen erst noch mit Leben gefüllt werden. Gegenwärtig sind sie nicht allzu viel wert und Versprechungen dieser Art gab es schon genug.

Die Länder und Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland brauchen mehr finanzielle Mittel, um Soziales,

Bildung und Kultur lebendig zu halten.

Wir stellen mit Hunderten von Dörfern, Städten und Großstädten fest: Der Prozess der finanziellen Ausblutung der Länder und v.a. der Gemeinden muss gestoppt werden. Die Frankfurter Oberbürgermeisterin Roth (CDU) hat einen Streik der Gemeinden und Länder gegen den Bund ins Gespräch gebracht. Korrekt!!! Die von Rot-Grün angekündigte Gemeindefinanzreform ist überfällig. Sie kann in ihrem Erfolg daran gemessen werden, dass sie die Finanzkraft der Länder und Gemeinden nachhaltig verbessert.

Allerdings sind die Städte und Gemeinden ein gefährlicher Partner, denn sie wollen die Entlastung der Städte auf Teufel komm raus: Mehr vom Bund oder weniger an Sozialhilfeempfänger.

Vermögenssteuer einführen!

Wir unterstützen die Initiative, die Vermögenssteuer wieder einzuführen und die Erbschaftssteuer (beide sind auf einem skandalösen letzten Platz im internationalen Vergleich) zu erhöhen. Diese Maßnahmen fließen direkt den Bundesländern und Gemeinden zu. Es wäre die Aufgabe der Bundesregierung, diese Maßnahme zu ergreifen. Aber wir unterstützen auch die Initiativen der Bundesländer für die Einführung der Vermögenssteuern und für die Erhöhung der



2. November 2002, „Bettlermarsch“ durch die Hamburger Innenstadt – Laut dem Hamburger Abendblatt protestierten etwa 500 Hamburger/Innen, darunter auch Mitglieder sozialer Einrichtungen und der PDS, gegen immer weitere Einschränkungen in der Armenhilfe, Kriminalisierung Obdachloser und Vertreibung unerwünschter Menschen aus der Innenstadt.

An der Demonstration nahmen auch Bewohner des Bauwagen-Platzes „Bambule“ teil, die gegen ihre Vertreibung aus dem Karolinen-Viertel protestierten.

Zum Abschluss des „Bettlermarsches“ gab es am Gänsemarkt eine Kundgebung und eine große „Hamburger Tafel“ für Bedürftige. Der Schauspieler Rolf Becker hielt eine Rede und sagte „Es ist wichtig, dass sich die sozialen Initiativen zusammenschließen. Mit gutem Willen ist es nicht mehr getan.“

Im Rahmen einer aktuellen empirischen Untersuchung der Sozial-Behörde gaben 1.281 Menschen an, in Hamburg auf der Straße zu leben. Der Anteil obdachloser Frauen lag bei 22%. A.F.

Erbschaftssteuern.

Die Vermögenssteuer hat in den Jahren vor 1997 im Jahr ca. 200 Mio. Euro in den Hamburger Stadtsäckel gespült – nach den Vorschlägen von Hickel u. a. würde sich dieser Betrag nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts auf 400 Mio. Euro erhöhen. Die Hamburger Milliardäre mit ca. 27 Mrd. Euro Vermögen sollten angesprochen werden.

Hamburg spart ...

... an der falschen Stelle, wenn die Stadt auf Privatisierung öffentlicher Aufgaben setzt

Um Hamburgs Einnahmen zu erhöhen, werden durch Privatisierungen über Jahrzehnte aufgebaute gemeinschaftliche Einrichtungen verschleudert. Die nun geplanten Privatisierungen des Landesbetriebs Krankenhäuser, von Bäderland, den Berufsschulen und der bezirklichen Schuldnerberatung bedeuten einen dramatischen Einschnitt in die Versorgung der BürgerInnen der Hansestadt. Ein solcher Schritt ist vielfach kaum rückholbar und dementsprechend besonders fatal. Die Stadt darf ihre Verantwortung für öffentliche soziale Aufgaben nicht abgeben, sie muss darüber zum Wohl der Menschen die Kontrolle be halten.

Selbst die größten Buchhalter müssen zugeben, dass die gegenwärtigen Privatisierungen nicht politische Entscheidungen sind, sondern ausschließlich dazu dienen, finanzielle Löcher zu stopfen. Und ein einmal privatisierter Bereich kommt erst nach größeren Katastrophen wieder zurück. Viele lohnen sich auch finanziell nicht, da sie bezahlt werden über den Verlust der jährlichen Rendite.

Hamburg spart ...

... im sozialen Bereich, bei Bildung und Kultur, um in Großprojekte und Law-and-Order-Politik investieren zu können

Der Hamburger Senat setzt seine knappen finanziellen Mittel für eine Politik des sozialpolitischen Abbaus und reaktionären Umbaus ein:

- Viele soziale Einrichtungen in dieser Stadt stehen vor dem Aus;
- Die soziale Infrastruktur in dieser Stadt (wie Krankenhäuser, Drogeneinrichtungen, Beschäftigungsträger, Weiterbildungsträger etc.) wird in ihrer Substanz verletzt;
- Frauenprojekte werden zerstört;
- Die Schulen und Universitäten sind nicht mehr in der Lage, ihre Aufgaben zu erfüllen;
- Die Kultur zerbröseln;
- Freizeit- und Sportangebote vergammeln;
- Die Arbeitslosen werden bekämpft, nicht die Arbeitslosen. Die Hauptstreikorgane finden im Bereich der Arbeitsmarktpolitik statt (ca. 10 Mio Euro);
- Die Flüchtlinge und Migranten sollen verschreckt werden. So werden auch die



Ausgaben für die zukünftige Unterbringung gekürzt und die Ausgaben für das Asylbewerberleistungsgesetz vorsorglich gesenkt. (ca. 20 Mio Euro)

Dieser Senat setzt seine Prioritäten anders:

- Er subventioniert immer noch den Hamburger Hafen nicht nur mit riesigen Flächen, die die Hafenwirtschaft umsonst zur Verfügung bekommt, sondern auch durch ca. 100 Mio. Euro jedes Jahr;
- Er bezahlt riesige Hafenprojekte wie Altenwerder, die zwar schon arbeiten, aber noch lange nicht bezahlt sind, sondern mit über 1 Mrd. Euro die kommende Hafen-City belasten (bzw. einfach neue Nebenschulden sind) und die anstehenden Gewinne der HHLA verbrauchen, ohne die Hoffnung dass sich das jefinanziert;
- Er verursacht nicht nur ökologische Desaster bei der Airbus-Erweiterung und verbraucht ein weiteres Dorf des Alten Landes, sondern versenkt bisher auch noch 650 Mio. Euro, um das Mühlener Loch mit Sand zu füllen;
- Die riesigen Straßenprojekte und die Bewerbung für die kostenträchtige Olympiade sind weitere Prioritäten;
- Statt Prävention will er mit ca. 10-12 Mio. Euro jährlich die geschlossene Unterbringung finanzieren.

Ein anderer Haushalt in Hamburg ist möglich

REGENBOGEN – Für eine neue Linke schlägt 8 Maßnahmen für einen anderen Haushalt vor:

1. Einführung der Vermögenssteuer und Erhöhung der Erbschaftssteuer.
2. eine Gemeindefinanzreform, die den Ländern und Gemeinden finanzielle Mittel für Soziales, Bildung und Kultur lässt.
3. Wir fordern mehr Transparenz und öf-

fentliche Diskussionen über die Einnahmen und die Ausgaben des Hamburger Haushaltes. Hamburg kann vom Bürgerhaushalt in Porto Alegre lernen.

4. Wir fordern, dass Bildungsausgaben und Kulturausgaben als Investitionen (für die Zukunft) anerkannt werden. Heute wird die Sandaufschüttung am Mühlener Loch als Investition anerkannt, aber die Ausgaben für Schulen als normale Betriebsausgaben. Die Politik kann so flexibler auf angespannte Haushaltsslagen reagieren.

5. Wir fordern eine Abkehr von den riesigen Hafensubventionen, keinen weiteren Ausbau des Airbus-Werkes und kritische finanzielle Überprüfung der Olympia-Bewerbung.

6. Wir fordern Ausgaben für soziale Infrastruktur und nicht für die Show-Effekte einer repressiven und unsinnigen Politik: Prävention statt Repression.

7. Wir fordern einen sofortigen Stopp der Privatisierungen in Hamburg. Das über Jahre aufgebaute Gemeineigentum darf nicht für kurzfristige Deckung der Ausgaben verschleudert werden. Gerade in wirtschaftlich kritischen Zeiten sind hohe Anteile an Gemeineigentum wertvoll – sei es bei Wohnungen oder öffentlichen Unternehmen. Viele Bereiche wie Gesundheit und Bildung dürfen aus grundsätzlichen Erfahrungen nicht den gefährlichen Spielereien des Marktes überlassen werden.

8. Wir fordern eine Umkehr von der Wirtschaftsförderung in Großkübeln (wie Hafen, Airbus etc.) hin zu intelligenten kleinen Maßnahmen.

Lasst uns für eine solche Umsteuerung streiten! Warum sollte sich nicht soziale und wirtschaftliche Vernunft gegen die von den Mächtigen verbreitete Dummheit durchsetzen?

Norbert Hackbusch war acht Jahre lang (von 1991 bis 1999) Mitglied im Haushaltsausschuss der Hamburger Bürgerschaft

Eigentum vor Miete:

STUTTGART. OB Schuster hat ein 10-Punkte-Wohnungsprogramm für Stuttgart vorgelegt. Darin ist deutlich mehr für die Förderung von Wohneigentum, als für den sozialen Wohnungsbau vorgesehen. Zugleich betreibt die SWSG den Verkauf städtischer Wohnungen an die Mieter. Dadurch werden dem Wohnungsmarkt gerade die Wohnungen entzogen, die mäßigend auf die Entwicklung des Mietspiegels wirken. Der Mieterverein fordert, die Stadt solle fünf Jahre lang den Bau von jeweils 1000 Mietwohnungen fördern durch die Bereitstellung von Grundstücken und günstigen Darlehen.

Kommunale Berichte Stuttgart

Genossenschaftsinitiative: FRANKFURT A.M. Die Viererkoalition im Römer hat beschlossen, den Verkauf des städtischen Anteils der Frankfurter Siedlungsgesellschaft, deren Mehrheitsanteile bereits an den Immobilienkonzern Viterra veräußert worden sind, mit der Unterstützung der Mietergenossenschaft zu verbinden. 10 der 50 Mio. Euro des Kaufpreises sollen für den Erwerb der Bizonalen Siedlung (650 Wohnungen) durch die Mietergenossenschaft verwendet werden, und der Verkauf der Siedlung an die Genossenschaft soll Bestandteil der Verhandlungen der Stadt mit Viterra werden. *Frankfurter Info*

Falsche Weichenstellung der Wohnungspolitik: REGENSBURG. Anlässlich des „Forums Kommunale Wohnungsunternehmen“ kritisierte der Verband bayerischer Wohnungsunternehmen (VdW) die falschen Weichenstellungen der Wohnungspolitik: In der Diskussion über die Eigenheimzulage gehe völlig unter, dass mehr als 50% der Deutschen in Mietwohnungen lebten. Mieter seien die eigentlichen Verlierer der Sparpläne in Bund und Freistaat. Die Wohnungspolitik berücksichtige nicht die realen Trends: Zunehmende Zahl von Single-Haushalten und Alleinerziehenden, steigender Anteil älterer Menschen. Die benötigte Pro-Kopf-Wohnfläche und die Anzahl der Haushalte steigt. Mit wechselnden Lebensphasen verändern sich die Wohnansprüche. Aus der Wohnung fürs Leben wird die „Lebensabschnittswohnung“. Die Berufliche Mobilität erfordere flexiblere Wohnungsmärkte. Grundrisse und technische Ausrüstungen müssten den neuen Ansprüchen, z.B. an Arbeits- und Medienzimmer angepasst werden. Dazu sind gerade sozial orientierte Wohnungsunternehmen kaum in der Lage. Die Folgen seien Wohnungs-Engpässe und steigende Mieten gerade in Wachstumsregionen. Viele, die sich heute ihre Miete gerade noch leisten könnten, würden an den Rand der Gesellschaft gedrängt.

Der Verband fordert eine Kehrtwende

zu einer weitsichtigen Wohnungspolitik. Die geplanten steuerlichen Verschlechterungen müssten im Bundesrat gestoppt werden, der Freistaat solle die Pläne zur 30-prozentigen Kürzung der Wohnraumförderung aufgeben.

Münchner Lokalberichte

„CDU-Wohnungsausbau am Rhein fahrlässig“:

KÖLN. Die CDU will in den nächsten Monaten eine Initiative starten, den Wohnungsausbau am Rhein zu intensivieren. Sozialer Wohnungsbau wird gerade zerschlagen, deshalb will die CDU „qualifizierte und attraktive Wohnlagen“ am Rhein erschließen.

Ratsmitglied Jörg Detjen (PDS): „Ein Wahnsinn! Die CDU setzt falsche Zeichen. Das Rheinufer sollte nach den Erfahrungen der letzten Jahre nicht mit Wohngebieten zugemauert werden, sondern als Grün- und Freizeitfläche genutzt werden. Der Ausbau des Mülheimer Vorhafens mit 300 Wohnungen auf Stelzen muss gestoppt werden.“

Die Kölner Hochwasserschutz-Initiativen weisen darauf hin, dass alle hochwasser-verschärfenden und damit anwohnergefährdenden Bauprojekte in potentiellen Überschwemmungsgebieten neu zu überdenken sind. Sie müssen wegen des Hochwasserrisikos angepasst oder ganz aufgegeben werden.

www.pds-koeln.de

Eigenheimzulage regionalisieren:

BERLIN. „Städten, in denen immer mehr Bürger ins Umland abwandern, muss die Möglichkeit gegeben werden, darauf zu reagieren. Eine regionale Komponente in Form einer Investitionszulage für Städte mit ober- oder mittelzentraler Funktion ist deshalb dringend notwendig.“ Der Städetag kritisierte die Streichung der degressiven Abschreibung im Mietwohnungsbau, weil sie sich sehr negativ auf die Wohnraumversorgung der Städte auswirken werde. Die Investitionsbereitschaft von Wohnungsunternehmen und privaten Investoren werde sinken, steigende Mieten und zunehmende Wohnungsknappheit würden die Folgen sein und damit die Abwanderungstendenzen in das Umland noch zunehmen. Außerdem werde der soziale Mietwohnungsbau für Bedürftige in den Städten gefährdet. Durch eine Um- schichtung innerhalb der Eigenheimzulage könnte die Politik der Abwanderung aktiv entgegensteuern. Roth: „Infrastrukturen, wie Schulen oder Kindergärten, die in den Städten bereits vorhanden sind, müssen bei Abwanderung in den Kernstädten abgebaut oder geschlossen werden, während sie mit öffentlichen Mitteln in den Umlandgemeinden neu errichtet werden müssen. Das ist volkswirtschaftlich unsinnig.“

www.staedtetag.de

Zusammenstellung: ulj

Vom Fördern & Fordern

Für Sozialhilfeberechtigte bleibt die Frage: Welche Arbeit zu welchem Preis?

Eine Stellungnahme aus der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen

Fördern und fordern – so ist die Devise aller Parteien im deutschen Bundestag, die nicht erst mit Hartz eingeleitet wurde. Denn Arbeitslose einschließlich Sozialhilfeberechtigte dürfen den Staat nichts kosten, sondern sie haben gefälligst Gewinne für die Unternehmen zu erwirtschaften, damit Europa im Wettstreit um die Führungsrolle als Wirtschaftsmacht den USA die Stirn bieten kann. So sehen es jedenfalls die EU-Richtlinien vor.

Um dieses Ziel zu erreichen, werden Maßnahmen ergriffen, die den Bedürfnissen der Leiharbeitsbrache wie auf den Leib geschnitten sind. Die Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik schrecken nun auch nicht mehr davor zurück den Sozialstaat abzuschaffen, der in unserem Grundgesetz verankert ist.

Die Leiharbeit wird jetzt auf allen gesellschaftlichen Ebenen propagiert, Selbst die Gewerkschaften wollen jetzt durch Einführung von Tarifverträgen diese Form prekärer Arbeit salontüchtig machen, wohl wissend das hier normale Beschäftigungsverhältnisse durch Leiharbeit ersetzt werden. Nach dem Willen von Hartz sollen nun auch noch alle arbeitsfähigen Sozialhilfeberechtigten über die Job-Center (die Arbeitsämter) und die neuen Personal Service Agenturen (PSA) in Arbeit kommen. Hier ist anzumerken, dass durch diese Zusammenlegung der Zuständigkeiten von Arbeits- und Sozialämtern die Ergebnisse der Mozart-Modellprojekte vorweggenommen werden (nach Hartz soll das Kölner Job-Center als Vorbild dienen), obwohl die Evaluation durch Ifas Bad Godesberg noch nicht abgeschlossen ist.

Was bedeutet das für betroffene Sozialhilfebezieher?

Die ersten sechs Wochen der Probezeit müssen in einer PSA selbstverständlich ohne zusätzliche Bezahlung absolviert werden, denn der Staat der nur noch die Interessen der Wirtschaft vertritt, muss sparen. Bisher bekommen Sozialhilfeberechtigte, die gemeinnützige Arbeit leisten, zusätzlich zur Sozialhilfe 1,50 EUR pro Std. Aufwandsentschädigung.

So hat man dann hier mehrfach eingespart: Die Arbeitgeber brauchen in den ersten sechs Wochen keinen Lohn zu zahlen. Die Kommunen sparen die 1,50 EUR Aufwandsentschädigung. Und alle – Ar-

beitgeber, Kommunen und Gewerkschaften – können dann auf Leiharbeitnehmer der Personal Service Agenturen zurückgreifen, wenn sie feste Mitarbeiter entlassen wollen, denn wie gesagt: Die ersten sechs Wochen sind kostenlos!

Auch die 2004 geplante Zusammenfassung der Bezieher von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe in der Leistung Arbeitslosengeld II (ALG II) ist mit sehr vielen Unsicherheiten für Betroffene verbunden:

Was passiert z.B. dann mit dem Kindergeld für Sozialhilfeberechtigte, wenn ein Elternteil in die Personal Service Agentur gezwungen wird? Wird dieses weiter auf das Haushaltseinkommen angerechnet? Kann ein Ehe- oder Lebenspartner, der für eine PSA arbeitet sein Einkommen voll behalten, während der andere Partner noch auf Sozialhilfe angewiesen ist? Bei der Neuregelung des ALG II muss zumindest die leidige Anrechnung des Kindergeldes auf die Sozialleistung aufgehoben werden.

Problematisch im Zusammenhang einer unfreiwilligen Arbeitsaufnahme in der PSA ist auch die von Hartz entwickelte „familienorientierte Quickvermittlung“. Auch wenn es sich hier oberflächlich betrachtet, um eine Verbesserung für Familien mit Kindern und allein Erziehende sowie ein Beitrag zur Reduzierung von Kinderarmut zu handeln scheint, der Teufel steckt auch hier im Detail und betroffen sind häufig diejenigen, die sowieso am meisten von der „workfare-Politik“ der Regierung bedroht sind.

Wie steht es mit der Bereitstellung der benötigten Kinderbetreuungsplätze, wenn Mittel dafür lediglich gebündelt, jedoch keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden?

Werden allein Erziehende in Zukunft überhaupt noch die Wahl zwischen Kinderbetreuung und Erwerbstätigkeit haben?

Stehen die nötigen Teilzeitstellen zur Verfügung, die Betroffenen ein Einkommen zum Auskommen jenseits der Sozialhilfe sichern? Für Beschäftigte in den PSA wäre das bestenfalls Wunschdenken.

Wenn durch ein spezielles Bonussystem Anreize für Arbeitsvermittler geschaffen werden sollen, gezielt Familienmütter- und Väter sowie allein Erziehende zu vermitteln, dann stellt sich die Frage welche Vorkehrungen getroffen werden, damit diese Zielgruppe nicht mit einer erhöhten Zumutbarkeit gegängelt wird, und somit dem Risiko ausgesetzt ist, ständig in Leiharbeit gedrängt zu werden?

Die Profis der Nation starten durch...

Es ist schlichtweg einfach dumm, wenn die Gewerkschaften behaupten, Zeitarbeit werde mit den ab 2004 vorgeschriebenen Tarifverträgen in den Entleihfirmen, schon deshalb gut, weil diese Tarifverträge ja dann mit ihnen als Vertreter der Arbeitnehmerinteressen abgeschlossen werden. Auch ist eine Personal Service Agentur nicht schon deshalb das Paradies für die Arbeitslosen, wenn der Mitgesellschafter, wie bei der ersten PSA in Duisburg, DGB heißt. Und auch wenn künftig diese Tarifverträge zwingend vorgeschrieben sind, Arbeitgeber werden die Sklaven der PSA gerne länger als sechs Wochen auch über die Probezeit hinaus beschäftigen. Die Erfahrungen mit Tarifen in der Branche lassen auf dauerhaft billige Arbeitskräfte hoffen: Mehr als Niedriglöhne werden hier im Normalfall auch in Zukunft nicht vereinbart werden, und billiger wird diese Arbeit einfach nicht zu haben sein. Aber



sicherlich wird es auch hier Ausnahmen geben, denn die Regierung und auch die Gewerkschaften brauchen ja diesen Erfolg.

Es ist ein Skandal, dass Gesetze, die gegen die schwächsten unserer Gesellschaft gerichtet sind, durch den Bundestag gepeitscht werden, ohne die Betroffenenorganisationen zu beteiligen. Dieses Vorgehen zeigt, dass der sogenannte „Masterplan“ – die Beteiligung der so genannten „Profis der Nation“ – für den gerade für seinen Plan werbend durch die Lande ziehenden Peter Hartz nichts anderes ist als plumpe Propaganda.

...und die Erwerbslosen zahlen die Zeche

Ein schwerer Angriff auf die wirtschaftliche Situation von Erwerbslosen ist die Absenkung der Arbeitslosenhilfe (demnächst ALG II) und eine höhere Anrechnung von Vermögen. Die Freibeträge sollen auf 200 Euro pro Lebensjahr gekürzt

werden – bisher waren es 520 Euro pro Lebensjahr. Gerade mit dieser Annäherung der Vermögensgrenzen an die Sozialhilfepraxis möchte der Finanzminister einen Batzen Geld einsparen, mit dem Ergebnis, dass fast ein Drittel der Bezieher von Leistungen aus der Arbeitslosenhilfe herausfällt und ein weiteres Drittel erhebliche Leistungssenkungen zu verkraften hat. Würden die so genannten Besser verdienenden in gleicher Weise zum stopfen der Haushaltlöcher herangezogen, müsste sich Hans Eichel keine Gedanken mehr um die Erfüllung des Stabilitätspakts machen.

Aber diese Kürzung hat auch weitreichende Auswirkungen auf die Altersvorsorge, denn in diesen Fällen wird auch der Rentenanspruch in den seltensten Fällen genügen, um Altersarmut zu verhindern. Für die so genannte Riester Rente oder gar den Einstieg in lukrativere private Formen der Alterssicherung fehlt dieser Personengruppe ohnehin das Geld.

Widerstand tut Not

Bei der Umsetzung der „Hartz-Pläne“ wird das Ausmaß der Angriffe auf Arbeitnehmer Erwerbslose und Bezieher von Sozialhilfe erst bei genauerem Hinsehen deutlich. Die 1:1-Umsetzung des „Hartz-Konzepts“, die bereits mit all zu großer Hast begonnen hat, wird im nächsten Jahr abgeschlossen sein, wenn sich nicht bald breiter gesellschaftlicher Widerstand dagegen formiert. Ob die neuen Gesetze dann noch mit unserer Verfassung zu vereinbaren sind, darf bezweifelt werden. Doch hier kann Abhilfe geschaffen werden: Immerhin steht im Bundestag eine Große Koalition von Deregulierern bereit, um die Wettbewerbshemmnisse aus unserer Verfassung zu streichen. Und ist der Anfang erst einmal gemacht, wird auch die vollständige Privatisierung des Arbeitsmarktes nicht lange auf sich warten lassen.

Für Kanzler Schröder ist das ganz einfach: Die Schuld an der Arbeitslosigkeit haben die Arbeitslosen und Sozialhilfeberechtigten. Und in das gleiche Horn stoßen in letzter Zeit immer wieder die so genannten seriösen Medien, die verstärkt Hatz machen auf die Menschen, die dauerhaft soziale Ausgrenzung erfahren. Wen stören denn schon die vielen Steuerhinterzieher, Finanzjongleure und die Superreichen, die sich ganz legal aus der Finanzierung des Gemeinwesens abgemeldet haben.

21. Nov. 2002, Jürgen Habich / Frank Jäger – Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen

ver.di-Flugblattaktion gegen Kürzung der Einkommen

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) hat gemeinsam mit anderen Gewerkschaften zu einer Flugblattaktion aufgerufen, die am Dienstag, dem 26. November ab 9.00 Uhr vor dem Internationalen Congress Centrum (ICC) in Berlin stattfindet.

Die Protestaktion zum Thema „Modernisierung des öffentlichen Dienstes statt Kürzung der Einkommen“ wird von Beamtinnen und Beamten anlässlich der Messe „Moderner Staat“ durchgeführt. Schirmherr der Messe, die morgen früh eröffnet wird, ist Bundesminister Otto Schily.

In ihrem Flugblatt machen die Beschäftigten darauf aufmerksam, dass der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, die Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein, Heide Simonis, und der Sächsische Ministerpräsident, Georg Milbradt, die Beamtengehälter um 10 Prozent absenken wollen. Ebenso soll die Sonderzuwendung gekürzt und das Urlaubsgeld gestrichen werden.

Gegen diese Pläne der Politiker wehren sich die Beamtinnen und Beamten mit ihrer Aktion. Gemeinsam mit ver.di fordern sie die Modernisierung des öffentlichen Dienstes, dessen Verwaltungsabläufe effektiver organisiert werden sollten.

Hinweis: Das Flugblatt kann in der ver.di-Pressestelle (Tel. 6956-1012) abgefordert werden. Ansprechpartner vor Ort: Wolfgang Thurner (0160/97215430)

das VG Chemnitz konsequenterweise dem entstandenen Wildwuchs von Allgemeinverfügungen in Sachsen eine ersten Riegel vorgeschoben. Wenn es Bundesgesetze gibt, die den Ladenschluss und dessen Ausnahmen regeln, müssen sie auch eingehalten werden“, so Hofmann. Mit Blick auf die Debatte der letzten Wochen betonte Hofmann erneut, dass die entstandene Situation ausschließlich auf die unprofessionelle Haltung des sächsischen Wirtschaftsministers Gillo (parteilos) zurück zu führen sei. Dieser hatte unmittelbar nach der Flut eine Empfehlung an alle Landkreise und kreisfreien Städte herausgegeben, entsprechende Allgemeinverfügungen zum Außerkraftsetzen des Ladenschlussgesetzes zu erlassen, ohne den zeitlichen und rechtlichen Rahmen einheitlich vorzugeben. „Wenn der Wirtschaftsminister der Auffassung ist, das Ladenschlussgesetz in seiner derzeitigen Form zu verändern, sollte er die politischen Spielregeln einhalten und mit einer Bundesratsinitiative seine Argumente vortragen und gleichzeitig mit ver.di in einen offenen Diskurs über Sinn und Zweck einer solchen Änderung einzutreten. Durch die kalte Küche ein Arbeitnehmerschutzgesetz auszuhebeln, ist mit uns nicht zu machen“, so Hofmann weiter.

www.verdi-sachsen.de

Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken am 14. Dez.

FRANKFURT a.M. Arbeitstagung der AG Tarifpolitik am Samstag, den 14.12.2002, 11 Uhr bis ca. 16:30 Uhr, Gewerkschaftshaus Frankfurt am Main, Wilhelm-Leuschnerstr. 69, Raum 4. – Tagesordnung:

1. Tarifrunde Öffentlicher Dienst

- Einschätzung der wirtschaftlichen Lage
- Die neuen Sparmaßnahmen der öffentlichen Haushalte im Zusammenhang mit neoliberaler Umverteilungspolitik und fortgesetzter Aufrüstungspolitik
- Bewertung der Forderung „3 + X“ und Potentiale des Tarifkonflikts. Diskussion und Bestimmung von Positionen, die gemeinsame Grundlage für koordiniertes Handeln der Gewerkschaftslinken in der Tarifrunde sein können (Zielstellung u.a.: gemeinsames Tarif-Info analog Metall im Frühjahr 2002)

2. Die tarifpolitischen Handlungsfelder im Metallbereich

- Erneuter Vorstoß zur ertragsabhängigen Entgeltdifferenzierung
- Ergebnisse der Arbeitszeitkonferenz der IG Metall und die Politik der weiteren Flexibilisierung (à la Bosch-Ergänzungstarifvertrag Schwieberdingen)
- Der aktuelle Stand bei den Verhandlungen zu ERA (Konfliktpotentiale und sich abzeichnende kritische Themen)

3. Austausch über den aktuellen Stand in anderen Gewerkschaften

4. Mobilisierungsmöglichkeiten gegen die neuen „Arbeitsmarktgesetze“ (Hartz)

Anmeldungen bitte so schnell wie möglich bei Heinz-Günter Lang: 06257/1468 Postfach 1201 Tannenburgerstr. 17, 64660 Alsbach-Hähnlein hagelang@gmx.de

ver.di Sachsen klagt erfolgreich gegen Sonntagsöffnungszeiten

CHEMNITZ. Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Sachsen hat am 27.11.02 vor dem Verwaltungsgericht (VG) in Chemnitz einen Erfolg verbuchen können. In einem Rechtsstreit, bei dem ver.di gegen zwei Allgemeinverfügungen der Stadt Chemnitz vorgegangen war, die unter anderem Ladenöffnungszeiten von täglich vierundzwanzig Stunden auch an Sonntagen bis zum 23. Dezember vorsah, hat das VG Chemnitz entschieden, dass diese Allgemeinverfügungen nicht vollzogen werden dürfen. Damit stellte das Gericht gleichzeitig die Rechtswidrigkeit der Allgemeinverfügungen fest. Darüber hinaus, geht das VG Chemnitz in seiner Urteilsbegründung davon aus, dass selbst in einem möglichen Beschwerdeverfahren vor dem Sächsischen Oberverwaltungsgericht (OVG) in Bautzen, die Einhaltung der Ladenschlusszeiten Bestand haben werde und keine andere Entscheidung zu erwarten sei. Der stellvertretende ver.di Landesbezirksleiter, Roland Hofmann, zeigte sich zufrieden mit dem Prozessausgang.

„Nach dem Urteil des OVG zu den Allgemeinverfügungen in Dresden, bei dem eine Befristung bis zum 31. Oktober und eine unmittelbare Betroffenheit zur Flut hergestellt wurde, hat jetzt

Stopp Billiglohn! Für Gleichbehandlung! – Warnstreik in Thüringen

ERFURT. Am 29. November beteiligten sich 100% der Sicherheitsbeschäftigen beim Thüringer Landtag und dem Wirtschaftsministerium an einem vierstündigen Warnstreik. Die Gewerkschaft ver.di habe bewusst die Arbeitskampfmaßnahmen in öffentlichen Schutzobjekten durchgeführt, weil die „Öffentliche Hand“ mitverantwortlich an der Billiglohn situation im Bewachungsgewerbe sei und der Landtag sogar Unternehmen Aufträge vergäbe, die durch Mißachtung der BGB 613a (Betriebsübernahme) den Beschäftigten einen Einkommensverlust von 60 bis 100 Euro verschafft hätten. In



den nächsten Tagen werde es insbesondere in Unternehmen des Arbeitgeberverbandes BDWS zu weiteren Streiks kommen, da diese den Konsens vom 11. November zerbrochen hätten.

Angelo Lucifer, ver.di-Fachbereichsleiter Besondere Dienstleistungen, erklärt: „Wir werden nicht hinnehmen, dass Konzerne durch die Verweigerung des Tarifabschlusses weiterhin versuchen, sich Marktvorteile zu Ungunsten von Klein- und Mittelbetrieben zu erheischen. Die Jahresbruttolöhne und -gehälter betragen in allen Thüringer Detekteien und Schutzdienst-Unternehmen durchschnittlich 10.565 Euro pro Lohn- und GehaltsempfängerIn, das allerdings bei Arbeitszeiten von 250 Stunden und mehr pro Monat. In den Unternehmen der Umsatzgrößenklasse unter 250.000 Euro liegen sie im Durchschnitt bei 12.103 Euro und in den umsatzstärkeren Unternehmen bei 10.516 Euro, meistens Westkonzerne. Durch die Steigerung der Lebenshaltungskosten um ca. 14 % haben die BewacherInnen ein Einkommen, das unterhalb von 1992 liegt. Wir werden es nicht hinnehmen, dass Menschen mit Billiglohn abgespeist werden. Die Streiks bei Condor, Dussmann und Gegenbauer sind nur der Anfang, wenn der BDWS uns nicht umgehend die Bestätigung des Tarifabschlusses zukommen lässt.“

<http://hd.verdi-th.de>

IG BAU macht sich stark für legale Beschäftigung im Privathaushalt

FRANKFURT A. M. „Von den mindestens 1,1 Millionen Beschäftigten in bis zu 4 Millionen Privathaushalten hierzulande sind nur etwa 38.000 bei der Sozialversicherung gemeldet, eine tarifliche Bezahlung für diese schwere Arbeit erscheint immer noch als Illusion“, erklärte IG BAU-Bundesvorstandsmitglied Irmgard Meyer zu Beginn einer Fachtagung der IG BAU Mitte November. Damit sich das ändert diskutieren erstmals in einem größeren Umfang Gewerkschafterinnen aus der Gebäudereinigung mit Wissenschaftlerinnen, Behördenvertretern und Unternehmerinnen der Branche über den Stellenwert und die Wertschätzung für einen Beruf, der selbst bei den ihn ausübenden Frauen oft nicht als „ehrliche“ Arbeit gilt. „Die Arbeit ist da, die Frauen sind da, wir müssen dafür sorgen, dass sie legal und zu vernünftigen Konditionen arbeiten können“, sagte das für Frauenpolitik zuständige IG BAU-Vorstandsmitglied Margot Gudd zum Abschluss der Fachtagung. In der im Rahmen der Umsetzung von Hartz nun vom Bundestag beschlossenen Erleichterung der als „Mini-Jobs“ bezeichneten geringfügigen Beschäftigung in Privathaushalten sieht die IG BAU noch keine zufriedenstellende Lösung: „Damit werden schlecht bezahlte Jobs zwar in Bezug auf den Fiskus und die Sozialsysteme möglicherweise legalisiert, die Mehrheit der Frauen wird aller-

dings wegen ihres Migrantinnen-Status weiterhin rechtlos sein und am Rande des Existenzminimums arbeiten müssen“, meinte Gudd. www.igbau.de

ver.di begrüßt Ausnahmeregelung für Deutschland durch Energieminister

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) begrüßt den gestern im Energieministerium der EU gefundenen Kompromiss zur Entflechtung von Energienetzen und Energievertrieb. Der vorgesehene Richtliniendraft zur weiteren Liberalisierung der Energiemarkte konnte für Deutschland weitgehend abgemildert werden. Zwar sieht der Beschluss der EU-Minister prinzipiell die rechtliche Entflechtung der Unternehmen in eigenständige Netz- und Verteilergesellschaften vor. Für Deutschland wurde jedoch eine Ausnahmeregelung durchgesetzt, wonach bis 2006 nachgewiesen werden muss, dass kostengerechte Preise für unabhängige Einspeiser in die Energienetze auch ohne Trennung von Netz und Vertrieb bei den Energieunternehmen gewährleistet werden.

„Damit eröffnet sich die Chance, katastrophale Folgen für die Beschäftigung und die innerbetriebliche Mitbestimmung abzuwenden, die mit der ursprünglich geplanten Zerschlagung der Unternehmen unabwendbar gewesen wären“, betonte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Erhard Ott heute in Berlin. „Die Beschäftigten haben sich mit ihren Protesten durchgesetzt.“

Mehr als 6000 Energiebeschäftigte hatten am 20. November in Berlin gegen die drohende Zwangsentflechtung ihrer Unternehmen demonstriert. Die Verbände der Energiewirtschaft haben einen ersten Vorschlag unterbreitet, wie die Anforderung der EU-Minister an Deutschland sichergestellt werden kann.

Ott schlägt vor, dass eine Arbeitsgruppe unter Leitung des Wirtschaftsministers den Verbändevorschlag weiter konkretisiert. Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft hat zugesichert, sich hieran zu beteiligen.

Tarifabschluss bei IBM

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) hat einen neuen Tarifvertrag für die rund 23.000 Beschäftigten bei IBM abgeschlossen. Das Gesamtvolumen des Abschlusses, der rückwirkend zum 1. Juni in Kraft tritt und eine Laufzeit von zwölf Monaten hat, beträgt 3,55 Prozent. In dieser Tarifrunde haben erstmals sowohl die Mitglieder der Tarifkommission von ver.di, als auch von der IG Metall über den Tarifabschluss beraten. Beide Organisationen hatten sich vorab darauf geeinigt, dass zum Erhalt der Tarifbindung im IBM-Konzern ver.di die Verhandlungen führt und den Abschluss unterschreibt.

Die großen Konzerne brauchen die Verbände nicht mehr. – HB, Mittwoch, 20.11.2002. – H. Lehning, Leiter der parlamentarischen Verbindungsstelle der Chemieindustrie beobachtet, dass es auch ohne des Kanzlers Rotweinrunden mit den Bossen der deutschen Großkonzerne einen „Trend zur direkten Ansprache“ gibt. Die Zahl unternehmenseigener Lobbybüros in Berlin und Brüssel hat sich seit zehn Jahren verdoppelt. Die Interessen innerhalb der Arbeitgeberverbände sind immer weniger deckungsgleich.

Hundt attackiert Hartz-Reform. – Die Regelungen zur Zeitarbeit, nach denen nach 2004 alle Zeitarbeitnehmer nach den Konditionen des entleihenden Unternehmens (Equal Pay) bezahlt werden müssen, wenn es vorher keine anderslautenden Tarifverträge gibt, wertete Hundt (BDA) als Todesstoß für die gewerbliche Zeitarbeitsbranche. Clement mache den Weg frei für ein Tarifdiktat der Gewerkschaften, die nun die gesamte Branche zum Equal Pay zwingen könnte.

Handwerk schlägt Bürokratie-TÜV vor. – FAZ, Mittwoch, 27.11.2002. – Der ZDH beklagt die Flut der staatlichen deutschen Regelwerke. Er hat einen Katalog erarbeitet, wonach ein „Bürokratie-Kosten-TÜV“ eingeführt werden soll, der schon im Gesetzgebungsverfahren tätig werden kann. Außerdem soll jedes Gesetz auf seine Auswirkungen auf Mittelständler untersucht werden. International gesehen belegt Deutschland im negativen Bürokratie-Ranking von 20 Industriestaaten den viertschlechtesten Platz, so das Institut der Deutschen Wirtschaft.

Deutsche Raumfahrtindustrie will Schutz des europäischen Marktes. – Die Not leidende Ariane-Vermarktungsgesellschaft Arianespace (geschätztes Defizit der Jahre 2001 und 2002 auf insgesamt 563 Mill. Euro) soll gerettet werden. Mit Steuergeldern gebaute Satelliten sollen – so die Forderung der deutschen Raumfahrtindustrie – vorrangig mit europäischen Raketen systemen ins All geschossen werden. Die gewünschte Einschränkung des Wettbewerbs begründen die Bundesregierung als auch die Industrie mit erheblichen Wettbewerbsverzerrungen gerade gegenüber den USA. Dort gebe es ebenfalls einen geschützten Markt, die Entwicklung von Trägerraketen werde zudem stark vom Militär beabsusst. Die europ. Raumfahrtindustrie fordert zusätzlich die Aufhebung der Trennung zwischen ziviler und militärischer Raumfahrt. *Presseauswertung: rst*

Auseinandersetzung mit Hartz-Gesetzen zum Schwerpunkt machen

Über ein Vorhaben des Parteivorstandes erklärte Harald Werner: „Das Hartz-Konzept zielt dementsprechend auch nicht auf eine zukunftsähige Beschäftigungspolitik ab, sondern darauf, die Arbeitslosen millionenfach in Niedriglohnbereiche abzudrängen. Deshalb wird die PDS auch nicht bei protestierenden Erklärungen stehen bleiben können, sie muss eine wirksame Kraft innerhalb des breiten Widerstandes werden, der sich an vielen Orten zu organisierenden beginnt und ihre alternativen Konzepte in die Debatte bringen.“

Der Parteivorstand hat deshalb mit der Ausarbeitung von Materialien begonnen, die als praktische Handreichung für Veranstaltungen und Aktionen der Basis geeignet sein sollen. Schon in den nächsten Wochen wird eine zentrale Aktionsberatung stattfinden, auf der die Materialien erläutert und verschiedene Aktionsmöglichkeiten diskutiert werden können. Einmal soll damit erreicht werden, dass die Auseinandersetzung mit den gravierenden Umbrüchen in der Arbeitswelt zu einem Schwerpunkt der Parteidiskussion wird. Zum anderen kommt es aber auch darauf an, neue Formen der Kooperation im Leben der Partei und eine höhere Kampagnenfähigkeit zu entwickeln.“

Gabi Zimmer informierte den Parteivorstand über die Arbeit der Programmkommission. Danach erhalte die Redaktionsgruppe vor Weihnachten einen neuen Text, über den sie sich Anfang Januar verständige, ehe er in die Programmkommission und dann in den Parteivorstand gegeben werde. Die Programmdebatte soll im Februar öffentlich angestoßen werden.

Landesparteitag der PDS im thüringischen Ilmenau verabschiedete an 23./24. November 2002 einen Leitantrag bei 6 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen.

Wir veröffentlichen einige Auszüge:

„Sozialistisches Profil und sozialistische Identität verlangen daher, unter aktuellen Bedingungen Antworten auf folgende Fragen zu finden:
– Wie lassen sich jenseits der klassischen Verteilung des Volksvermögens durch Löhne und Renditen neue Instrumente entwickeln, die allen Menschen einen gerechten Anteil am gesellschaftlichen Reichtum sichern?“

– Wie gewährleisten wir, dass die öffentlichen Güter, wie Bildung und Kultur, Gesundheitsfürsorge und soziale Sicherheit allen gleichermaßen zur Verfügung stehen, unabhängig von sozialer

und ethnischer Herkunft?

- Wie kann die Konzentration des Produktiv- und Finanzvermögens in wenigen Händen gestoppt, öffentlich kontrolliert und mittelfristig umgekehrt werden?
- Wie kann die Sozialpflicht des Eigentums, die das Grundgesetz vorschreibt, tatsächlich eingelöst werden?
- Wie lassen sich Konzepte herausarbeiten und umsetzen, welche einer nachhaltigen Entwicklung, auch in ihrem globalen Kontext und als Verständnis eines Konglomerates aus gleichberechtigten sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Aspekt gerecht wird?
- Wie muss eine Politik beschaffen sein, die all diese Probleme nicht nur im eigenen Land löst, sondern mit allen anderen Völkern gemeinsam und im gemeinsamen Interesse?

Die PDS muss mit der Programmdebatte einen wesentlichen und nach außen wahrnehmbaren Beitrag zur Beantwortung dieser Fragen leisten und davon ausgehend praktische, alternative Politikangebote entwickeln, ihren Platz als sozialistische Partei in dieser Gesellschaft finden behaupten und stärken (...)

Der Landesverband und dessen Gliederungen entwickeln gemeinsam mit Betroffenen konkrete finanziierbare Projekte als Alternativen zur bisherigen Landes- und Kommunalpolitik. Diese Projekte müssen ehrlich, glaubhaft und machbar sein. Hierzu zählen:

- Modifizierung der Wirtschaftsförderung und deren Ausrichtung an der Schaffung bzw. am Erhalt von Arbeitsplätzen,
 - Schaffung von unternehmensübergreifenden Forschungs- und Entwicklungskapazitäten für klein- und mittelständige Unternehmen,
 - Ausgestaltung des kommunalen Wirtschaftsrechts,
 - Flexibilisierung des kommunalen Haushaltungsrechts und des Landeshaushaltungsrechts,
 - Modelle im Rahmen der Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform auf Landes- und kommunaler Ebene,
 - Projekte der kommunalen Gemeinschaftsarbeit
 - Erschließung neuer Beschäftigungsfelder zur Schaffung von Arbeitsplätzen im kommunalen und soziokulturellen Bereich,
 - Projekte im Bereich der nachhaltigen Entwicklung,
 - Einführung einer Sozialpauschale
 - Schaffung eines Netzes von Projekten der Schulsozialarbeit
- Entsprechend des Beschlusses „Das Jahr 2004 in den Blick nehmen“ werden die erforderlichen Konzepte im Landesverband, in der Öffentlichkeit sowie mit Experten und Betroffenen erarbeitet und gründlich diskutiert.“

Zusammenstellung: jöd

Den folgenden Aufsatz entnahmen wir „Mit Links“, der Zeitung der offenen Liste der PDS im Münchner Stadtrat.

Von Jan Gütlich

Im Juli posaunte Oberbürgermeister Ude unüberhörbar: „München ist pleite“. Da hat er sicher gewaltig übertrieben. Der Stadtrat war auf Grund des enormen Missverhältnisses von zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben immerhin gezwungen, eine Haushaltssperre zu beschließen.

Der Hauptgrund für die Misere ist der Zusammenbruch der Gewerbesteuereinnahmen. Die Gewerbeerträge der Unternehmen sanken auf Grund der schwächeren Weltwirtschaft. Natürlich nutzten die großen internationalen Konzerne auch die schier unerschöpflichen Möglichkeiten unseres Steuersystems. Mittels der Zauberwaffe der steuerlichen Organschaft wurden die Gewinne und Verluste zwischen den in und ausländischen Betriebsstätten hin- und hergeschoben, bis



von der Steuerschuld nichts mehr übrig blieb.

Die rot-grüne Koalition im Bund half den großen Kapitalgesellschaften zusätzlich, in dem sie die Veräußerungsgewinne steuerfrei stellte. Und damit die daraus resultierenden Steuermindereinnahmen den Bund nicht gar so schmerzlich treffen, beschloß man noch eine Änderung der Gewerbesteuerumlage zu Ungunsten der Kommunen. Die Verantwortlichen der Stadt spielten sich trotzdem zu Unrecht nur als Opfer fremder Mächte auf. Die wirtschaftlichen Boomjahre wurden nur unzureichend genutzt, um Schulden zu senken und ausreichende Rücklagen für Krisenzeiten zu bilden (siehe Abb. 1).

Um den riesigen Schuldenberg von über 4 Mrd. Euro (incl. Eigenbetriebe) verwalten zu können, plant die Stadt-

Spielcasino Stadtkämmerei? – Zockt die Stadt München mit Steuergeldern?

kämmerei ein aktives Kreditmanagement, welches ausdrücklich die verstärkte Nutzung derivater Finanzinstrumente einschließt. Grundsätzlich ist es richtig, über eine Optimierung des Kreditmanagements nachzudenken. Es stellt sich jedoch die Frage, ob mit den angedachten Mitteln wie:

1. Verstärkte kurzfristige Verschuldung und Einsatz von Floatern

2. Nutzung von Zinsswaps und anderen Derivaten

ein vernünftiges Verhältnis von Aufwand und Nutzen erreicht werden kann. Das Risiko sollte sich in einem vertretbaren Rahmen bewegen.

1. Verstärkte kurzfristige Verschuldung und Einsatz von Floatern

1.a) Verstärkte kurzfristige Verschuldung

Wichtigstes Instrument kurzfristiger Verschuldung ist die Anleihe (Rentenpapier). Anleihen sind verzinsliche Schuldverschreibungen. Der Emittent dieser Papiere schuldet dem Käufer (Gläubiger) einen bestimmten Betrag (Nennwert) und verpflichtet sich, diesen spätestens zum Laufzeitende zzgl. Zinsen zurückzuzahlen. Der Zins kann fest oder variabel sein. Da in der Regel die kurzfristigen Titel niedriger verzinst werden als die mittel- und langfristigen, könnte man den Planungen der Stadtverwaltung, sich verstärkt kurzfristig zu verschulden, eigentlich zustimmen. Die Sache hat jedoch mehrere Haken. Die Zinsen steigen und fallen nämlich entsprechend dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage.

Bei festverzinslichen Papieren ist der Kostenvorteil, der aus der kürzeren Laufzeit resultiert, nur dann immer garantiert, wenn man die Zinsen an einem Stichtag miteinander vergleicht. Folgend werden zwei US-amerikanische Staatsanleihen mit unterschiedlicher Laufzeit

gegenübergestellt (Abb. 2).

Der Vergleich verdeutlicht, daß die von der USA am 05.10.1998 verkauften 30-jährige Staatsanleihe mit einem Zinssatz von 4,71 % geringer rentiert als die am 20.01.2000 verkaufte 10-jährige Staatsanleihe. Das Beispiel zeigt, daß in einem Markt mit steigenden Zinssätzen es nachteilig sein kann, sich kurzfristig zu verschulden.

Auch in einem Markt mit inversen Zinsstrukturen ist die kurzfristige Verschuldung teurer als der Einsatz längerfristiger Titel. In einem solchen Markt sind die kurzfristigen Zinsen höher als die mittel- bzw. langfristigen. Die Zinsen sinken (an einem Stichtag betrachtet) mit zunehmender Laufzeit.

Daß eine inverse Zinsstruktur keine sinnlose Theorie ist, beweist die aktuelle Lage in Osteuropa (Polen und Ungarn). In den USA und Europa finden wir zumindest im kurzfristigen Bereich eine solche Struktur vor (Stand: 01.11.2002). Und die Chance, daß aus den derzeit in den USA insgesamt flachen Zinsstrukturkurve zukünftig eine inverse wird, stehen nicht schlecht. Inverse Strukturen entstehen oftmals in wirtschaftlichen Krisenzeiten, wie zum Beispiel in den neunziger Jahren in Japan.

Die Weltwirtschaft befindet sich derzeit in der Phase der Stagnation. Die An-

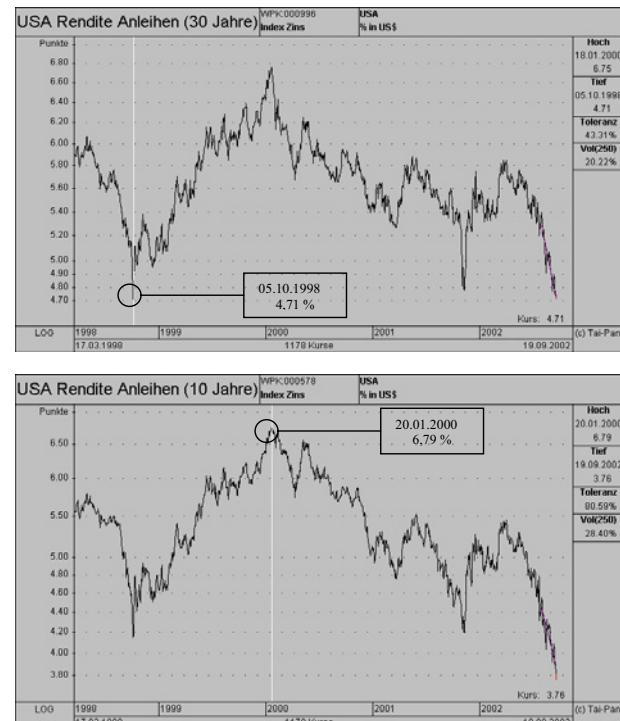


Abbildung 2

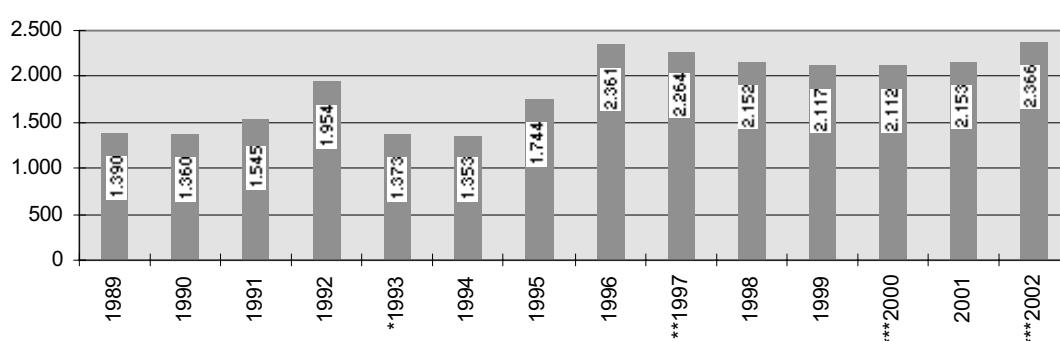
leihrenditen bewegen sich auf historischen Tiefstständen. Unter diesen Umständen ist es töricht, den Schwerpunkt auf kurzfristige Finanzierungen zu setzen. Auf die Krise wird ein wirtschaftlicher Aufschwung folgen. Das ist fast so sicher wie das Amen in der Kirche. Setzt die Konjunktur ein, werden die Renditen steigen, da höhere Investitionen einen größeren Finanzierungsbedarf nach sich ziehen. Selten ist eine Marktlage so günstig wie jetzt, um sich preiswert langfristig zu verschulden. Auch wenn es in absehbarer Zeit nicht zu einer konjunkturrellen Wende kommt, eine tiefe Rezession

folgt, besteht kaum noch Spielraum für sinkende Marktzinsen. Die Wahrscheinlichkeit inverser Zinsstrukturen wäre sehr hoch, da die potentiellen Gläubiger dann so verunsichert sind, daß Sie nicht bereit sein werden, langfristig Geld zu leihen.

Ich möchte das Instrument der kurzfristigen Finanzierung nicht verteufeln. Diese Form der Sicherung der Liquidität ist ein unabdingbarer Bestandteil

Abbildung 1

Entwicklung der äußeren Schulden in Mio. €
(Gemeindehaushalt - ohne Eigenbetriebe)



eines vernünftigen Kreditmanagements. Jede noch so solide Haushaltsplanung wird es nicht vermögen, alle zu finanzierenden Aufgaben zu erfassen. Es wird immer wieder nötig sein, auf unerwartet eintretende Ereignisse schnell zu reagieren. Prinzipiell sollte das Finanzierungsportfolio so zusammengesetzt sein, daß alle Laufzeiten gleichberechtigt berücksichtigt werden. So kann die Stadt gewährleisten, stets variabel entsprechend der aktuellen Haushalts- bzw. Kapitalmarktlage zu handeln. Die Stadtökonomie wird in die Lage versetzt, aus einer starken Position gegenüber potentiellen Geldgebern aufzutreten. Wer eine Finanzierungsform präferiert, wird den Dauermenschrauben des Marktes erliegen.

1.b) Einsatz von Floatern

Floaters sind Anleihen mit variabler Verzinsung. Die Verzinsung orientiert sich an Referenzzinssätzen wie den LIBOR (London Interbank Offered Rate) oder EURIBOR (Euro Interbank Offerer Rate). Die Höhe dieser Referenzzinssätze wird durch den Handel zwischen Banken bestimmt und variiert entsprechend den Marktbedingungen. Daraus folgt, daß Floater, langfristig betrachtet, keine nennenswerte Erträge im Vergleich zu professionell strukturierten Festzinsportfolios generieren. Floater haben jedoch noch zwei entscheidende Nachteile. Der variable Zins wird stets mit einem Aufschlag zum Festzins gehandelt. Die jährlichen Zinsaufwendungen sind bei Floatern schwerer kalkulierbar.

Wie bereits erläutert, ist in den nächsten Monaten mit steigenden Marktzinsen zu rechnen. Dann steigen natürlich auch die Renditen der Floater. Um dieses Risiko zu begrenzen, ist es sinnvoll, sich mit Cap- und Reverse-Floater zu verschulden.

Bei einem Cap-Floater wird z.B. eine Obergrenze der Verzinsung von 5,5 % vereinbart. Notiert der Referenzzinssatz über dieser Obergrenze (z.B. 6,0%), wird der Floater dennoch nur mit 5,5 % verzinst.

Die Rendite des Reverse-Floaters wird durch die Differenz zwischen einem vereinbarten Zinssatz und einem Referenzzinssatz bestimmt. Wenn der vereinbarte Zinssatz z.B. 9,0 % beträgt und der Referenzzinssatz bei 5,5 % festgestellt wird, wird der Reverse-Floater mit 3,5 % verzinst. Steigt der Referenzzins, sinkt die Zinslast für den Schuldner.

Um die Vorteile eines Cap- oder Reverse-Floaters nutzen zu können, muß ein Gläubiger gefunden werden, der das Risiko steigender Zinsen übernimmt. In der gegenwärtigen Marktlage wird dieser Gläubiger eine ordentliche Risikoprämie verlangen.

2. Nutzung von Zinsswaps und anderen Derivaten

2.a) Nutzung von Zinsswaps

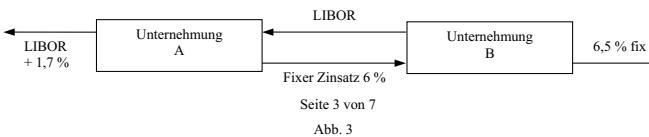
Zinsswaps sind Vereinbarungen über den Austausch von Zinszahlungen über einen

bestimmten Zahlungszeitraum bezogen auf einen hypothetischen Nennbetrag. In der folgenden Abbildung (Abb. 3) ist das Beispiel eines einfachen Zinsswaps mit seinen Zahlungsströmen dargestellt.

Unternehmung B hat sich zu einem festen Zinssatz von 6,5 % p.a. verschuldet. Unternehmung A, welches sich zu einem variablen Zinssatz verschuldet hat (LIBOR + 1,7 %) zahlt den Festzins von 6,0 % bezogen auf einen fiktiven Nennbetrag von 100 Mio. EUR an B. Dafür verpflichtet sich B zur Zahlung eines variablen Zinses (hier LIBOR) an A. Für das erste Halbjahr ist der LIBOR mit 5,65 % p.a. zu berücksichtigen. B erzielt einen Gewinn von 0,35 % p.a. also 1,75 Mio. EUR. A erleidet einen Verlust in gleicher Höhe. Steigt der Referenzzins im zweiten Halbjahr auf 6,2 %, ist A Gewinner des Spielchens. B muß einen Verlust von 1 Mio. EUR buchen.

Das eben erläuterte Beispiel zeigt, daß mit Swaps nicht die Lizenz zum Gelddrucken erworben wird. Unsere Stadtökonomie wird natürlich schlauer sein und die Vertragspartner über den Tisch ziehen. Vielleicht glaubt man in der Stadtverwaltung auch, daß beide Swap-Partner gewinnen können. Theoretisch ist so eine Win-Win-Situation durchaus möglich. Swap-Partner mit unterschiedlicher Bonität (Zahlungsfähigkeit) nutzen komparative Kostenvorteile (Nominalzinsdifferenzen). Der Ertrag ist gering und wird noch durch die Gebühren an die Bank, die das Geschäft vermittelt hat und abwickelt, geschmälert. Die Rechenbeispiele funktionieren nur bei Vernachlässigung des Ausfallrisikos der möglichen Insolvenz eines Swap-Partners. Komparative Kostenvorteile können jedoch nur dadurch erzielt werden, daß sich als Partner zwei Unternehmen mit unterschiedlicher Bonität gegenüberstehen. Der Partner mit besseren Bonität muß sich natürlich die Übernahme des Risikos der Insolvenz des Partner mit der schlechteren Bonität bezahlen lassen. Er kann die erzielten Zinsgewinne nicht brüderlich teilen. Mit Zinsswaps können praktisch keine komparativen Kostenvorteile generiert werden.

Ob mit Swaps Gewinne erzielt werden



Seite 3 von 7

Abb. 3

können, ist also sehr fraglich. Hinzu kommt, daß mit diesen Kontrakten die Finanzierung selbst nicht realisiert wird. Neben den Kosten für die eigentliche Finanzierung entstehen zusätzliche Verwaltungskosten.

Derivate werden in der Regel losgelöst von den eigentlichen Finanzierungsinstrumenten gehandelt. Sie basieren auf fiktiven Schulden. Das oben erläuterte Beispiel ist lediglich graue Theorie. In der Realität hätten die Swap-Partner

Schwierigkeiten, sich zu finden. Der Finanzierungsbedarf der Partner müßte gleich sein. Die Bonität der Unternehmen dürfte sich nur in einem eng gesteckten Rahmen bewegen. So werden Kontrakte geschlossen, die oftmals nicht mehr der eigentlichen Verschuldung entsprechen. Das Unternehmen B (siehe Beispiel oben) kann den Swap-Vertrag über den fiktiven Nennbetrag von 100 Mio. EUR abschließen, obwohl es eigentlich nur Verbindlichkeiten von 10 Mio. EUR hat. Das Unternehmen tut dies, weil es meint, im Gewinnfall wie im ersten Halbjahr durch die Zahlung einer „kleinen“ Verwaltungsgebühr an die Bank von „nur“ 0,175 Mio. EUR (halbjährlich) 1,75 Mio. EUR erlösen zu können. Unternehmen B nimmt das Zehnfache des Einsatzes ein, erzielt also einen Gewinn von sage und schreibe von 900 %. Der Schuß geht dann freilich im zweiten Halbjahr nach hinten los. Es fällt nicht nur der Zinsverlust von 1 Mio. EUR an. Es müssen auch die Verwaltungsgebühren getragen werden. Der Gesamtverlust beträgt 671 %.

Das Beispiel zeigt, das Derivate nicht nur zur Kompensation von Zinsrisiken (Hedging) dienen können. Man kann mit Derivaten spekulieren und sich verspekulieren. Nicht zu vernachlässigen ist außerdem das bereits oben erwähnte Risiko der Insolvenz des Swappartners.

2.b) Andere Derivate

Zu den wichtigen derivativen Finanzinstrumenten gehören Zinstermingeschäfte und Optionen.

Bei Zinstermingeschäften verständigen sich die Partner über einen zukünftigen Termin, ab dem ein Zinssatz über eine festgelegte Laufzeit gelten soll. Der Verkäufer eines solchen Kontraktes leistet dem Käufer einen Ausgleich, wenn der Referenzzins den vereinbarten Zinssatz (Forward Rate – FRA-Satz) während der Vertragslaufzeit überschreitet. Der Käufer zahlt an den Verkäufer, wenn der Referenzzins unterschritten wird. Die Funktionsweise ist in der Abbildung (Abb. 4) dargestellt.

Zinssatzoptionen funktionieren ähnlich wie Zinstermingeschäfte. Der Käufer einer Zinssatzoption erwirbt das Recht, einen bestimmten Termingeschäftsatz oder ein Finanzierungsinstrument (Basiswert) zu einem festgelegten Preis (Basispreis = Zinssatz) und zu einem bestimmten Termin (oder während eines festgelegten Zeitraumes) zu kaufen (Call-Option) bzw. zu verkaufen (Put-Option). Mit einer Call-Option kann der Käufer nur dann Erträge realisieren, wenn der Marktpreis (Referenzzinssatz, z.B. Euribor) des Basiswertes über dem Basispreis notiert. Von einer Put-Option profitiert er, wenn sich der Marktpreis unterhalb des Basispreises bewegt.

Hier ein Beispiel. Der Käufer einer Put-Option möchte sich gegen steigende

Marktzinsen absichern. Basiswert ist eine fiktive kurzfristige Anleihe zum Nennbetrag von 100 Mio. EUR mit einer Laufzeit von einem Jahr. Als Basispreis wird zwischen Käufer und Verkäufer ein fester Zinssatz von 3,500 % vereinbart. Der Käufer kann die Option am 03.06.2003 in Anspruch nehmen. Das heißt, unabhängig davon, wie am Stichtag der Referenzzins notiert, der Verkäufer ist verpflichtet, dem Käufer den Zinssatz von 3,500 % zu garantieren. Steigt der Marktzins darüber, muß der Verkäufer einen Ausgleich leisten. Wird der Referenzzins am Stichtag bei 3,650 % gehandelt, hat die Option einen Wert von 150.000 EUR abzüglich des an den Verkäufer gezahlten Optionspreises. Diese Risikoprämie für den Verkäufer ist u.a. abhängig von der Restlaufzeit der Option (Zeit bis zum Stichtag oder Tag der Fälligkeit), vom Referenzzins am Verkaufstag und der Volatilität des Referenzzinses (der Handelsspanne des Zinses) abhängig. Durch diese Faktoren wird die Wahrscheinlichkeit, daß der Referenzzins über 3,500 % am Stichtag notiert, beeinflußt. Entspricht der Referenzzinssatz am 03.06.2003 genau dem vereinbarten Zinssatz oder liegt er gar darunter,

Abschließend kann man sagen, daß in der freien Wirtschaft der begrenzte Einsatz von Derivaten mit dem Ziel der Minimierung des Risikos steigender Zinsen sinnvoll ist. Eine lückenlos funktionierende Kontrolle ist jedoch unabdingbar, da derivate Finanzinstrumente immensen Preisschwankungen unterliegen. Das folgende Beispiel (siehe Abb. 6) macht dies noch einmal deutlich. Gezeigt wird die Kursentwicklung eines von der Investmentgesellschaft UBS Warburg emittierten Call-Optionsschein basierend auf einer Staatsanleihe der Bundesrepublik Deutschland mit zehn Jahren Laufzeit (Juli 2002 bis Juli 2012). Der Basispreis (Zinssatz) beträgt 5%. Tag der Fälligkeit (Stichtag) ist der 23.05.2003.

Innerhalb von nicht einmal zwei Wochen verliert der Kurs mehr als die Hälfte seines Wertes, um dann in einer Woche wieder über 20 % zu steigen. Der falsche Gebrauch von Derivaten führt wegen der großen Hebelwirkung zu riesigen Verlusten. Dieses Risiko können nur sehr erfahrene, hoch qualifizierte (und gut bezahlte) Fachkräfte beherrschen. Effiziente Kontrollmechanismen existieren in

nehmen wie die deutsche Metallgesellschaft, die britische Baringsbank und der amerikanische Energiehändler Enron haben sich allerdings an Derivaten verhoben und sind zielstrebig Richtung Pleite marschiert.

Die Stadt sollte sich nicht auf Nebenschauplätzen verzetteln. Die Kommune muß sich auf ihre ureigensten Aufgaben konzentrieren. Dazu gehören u.a. die Beisetzung des Wohnungsnotstandes und die Erweiterung des Angebots an Kinderbetreuungsplätzen. Wenn man sich

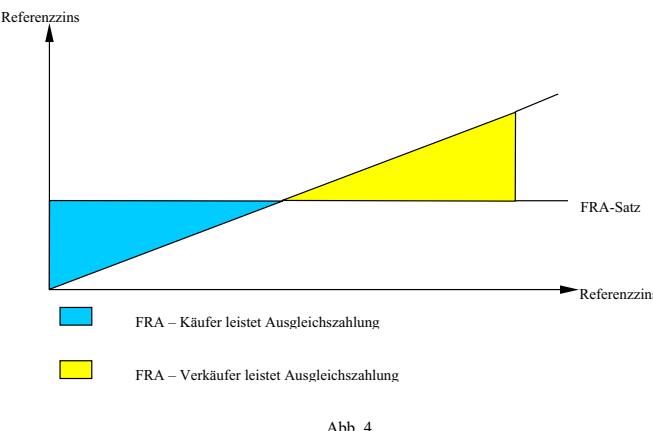


Abb. 4

ter, ist die Option nichts wert. Der Verkäufer kann den gezahlten Optionspreis vollständig als Erlös verbuchen. Der Käufer hat die Versicherungsprämie für umsonst entrichtet.

Eine spezifische Form der Zinssatzoptionen ist der Cap. Die Nutzung von Caps ist für fremdfinanzierte Unternehmen von besonderer Bedeutung. Der Verkäufer eines Caps übernimmt vom Käufer gegen Zahlung einer Prämie das Risiko, daß durch das Steigen eines Referenzzinses über eine vereinbarte Zinsobergrenze (Cap Strike Price) entsteht. Er zahlt die Differenz zwischen den beiden Zinssätzen bezogen auf einen nominalen Kapitalbetrag. Der Käufer schützt sich so vor steigenden Zinsen. Er sichert das Zinsrisiko variabel verzinster Schuldverschreibungen ab. Während die oben erläuterte Put-Option vom Käufer nur an einem Stichtag wahrgenommen werden kann, gilt der Cap über eine festgelegte Laufzeit. Folgend ist die Funktionsweise graphisch dargestellt (Abb. 5).

Der Übergang vom sinnvollen Hedging zur ausufernden Zockerei ist fließend. Die Stadt begibt sich auf eine dünnes Eis mit enormer Rutsch- und Einbruchgefahr. Die Lufthansa hat in der Vergangenheit erfolgreich Derivate eingesetzt, um sich vor steigenden Ölpreisen zu schützen. Große Unter-

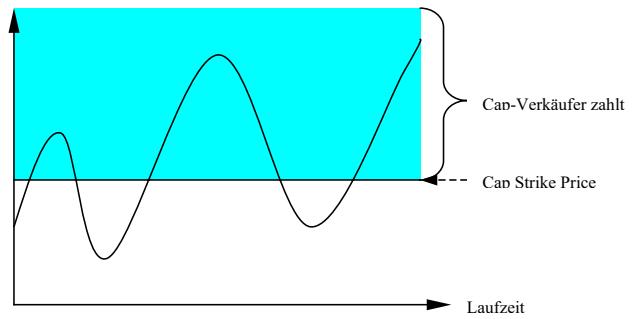


Abb. 5



hier Gedanken macht, die vorhandenen Gelder effektiver einzusetzen, ist Wahrscheinlichkeit des Erfolges sicher größer als bei der waghalsigen Zockerei mit Steuergeldern. Alle geplanten Investitionen müssen auf den Prüfstand. Ist es wirklich notwendig, jeden Winkel Münchens mit der U-Bahn erreichen zu können. Der U-Bahn-Bau ist die teuerste Variante, den öffentlichen Nahverkehr auszubauen. Jeder Kilometer U-Bahn-Strecke kostet 50 Mio. EUR.

Call-Optionsschein mit der Wertpapierkennung 736146
(Kurs in EUR)

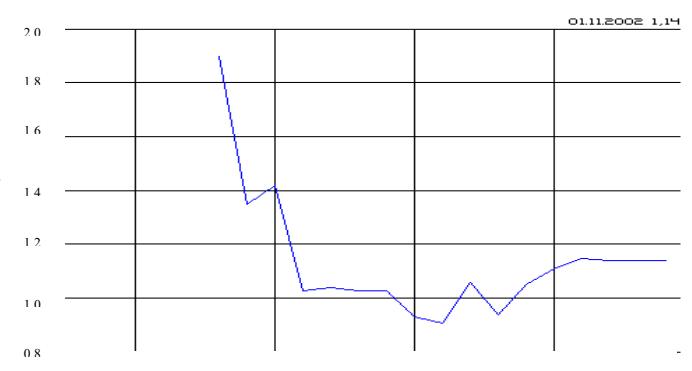


Abb. 6

Vorgestellt:

Kurdische Migration und Bildungspolitik

Die Arbeit von Sabine Skubusch beschäftigt sich mit der spezifischen Situation von kurdischen Migrantinnen und Migranten aus der Türkei und ihrer Position im Kontext deutscher (Bildungs-)Politik: Dabei werden einerseits Hintergrundinformationen über die Situation von Kurdinnen und Kurden in der Türkei und im Einwanderungsland Deutschland präsentiert. Andererseits findet eine Auseinandersetzung mit der Situation kurdischer Kinder und Jugendlicher im deutschen Schulsystem statt, insbesondere unter dem Stichwort „muttersprachlicher Unterricht“.

Die Erziehungswissenschaftlerin Sabine Skubusch gibt allgemeine Hintergrundinformationen über die Situation von Kurdinnen und Kurden im Einwanderungsland Deutschland und geht der Frage nach, wie das deutsche Bildungswesen mit Schülern kurdischer Herkunft aus der Türkei verfährt.

Die Studie präsentiert u.a. eine Untersuchung über den Ist-Zustand des muttersprachlichen Unterrichts Kurdisch in Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Dabei werden die institutionellen Rahmenbedingungen, methodisch-didaktische Aspekte, Resonanz bei kurdischen Eltern und Schülern sowie die Auswirkungen auf den Schullalltag analysiert. Das Thema muttersprachlicher Unterricht wird eingebettet in eine Auseinandersetzung mit Aspekten der Sprachpolitik im Allgemeinen und der kurdischen Sprache als einer Nicht-StaatsSprache im Besonderen. Durch historische und internationale Vergleiche wird die verordnete kulturelle Homogenität von Nationalstaaten europäischer Prägung, die von der Türkei in so rigider Weise übernommen wurde, in Frage gestellt und Perspektiven für einen anderen Umgang mit Mehrsprachigkeit aufgezeigt.

Über den schulischen Kontext hinaus zeigt die Autorin ein ganzes Netz unterschiedlicher Mechanismen von Ausgrenzung auf, mit denen kurdische Migranten in Deutschland konfrontiert sind: Aus politisch-ideologischen Gründen verweigert die deutsche Politik die Anerkennung der Tatsache, dass die Bundesrepublik ein Einwanderungsland ist, und zollt der offiziellen Kulturideologie des Herkunftslandes Türkei mehr Anerkennung als dem ethnischen Selbstverständnis der Zugewanderten. Aus außenpolitischen Interessen nimmt die Bundesrepublik Rücksicht auf die Forderungen der offiziellen türkischen Politik, die in allem, was mit dem Attribut „kurdisch“ in Verbindung steht, einen Angriff auf ihre „nationale Einheit“ sieht. Durch die deutsche Medienberichterstattung über Kurden und durch den Einfluss, den tür-

kische Institutionen wie die Konsulate beispielsweise auf den muttersprachlichen Unterricht Türkisch haben, fühlen sich Kurden auch in Deutschland ungerecht behandelt. Ausländerpolitik und Außenpolitik wirken sich auf den bildungspolitischen Umgang mit Kurden aus. Von der ausländerpolitischen Konzeption des jeweiligen Bundeslandes hängt es ab, ob muttersprachlicher Unterricht überhaupt als staatliche Aufgabe angesehen wird, ob als „Muttersprachen“ nur die offiziellen StaatsSprachen der Herkunftsstaaten oder die tatsächlich gesprochenen Familiensprachen der Migranten anerkannt werden.

Die Arbeit setzt sich kritisch mit den Begriffen „Minderheit“ und „Mehrheit“ auseinander. Es wird hinterfragt, wie ethnische Selbst- und Fremdzuschreibungen entstanden und wer warum ein Interesse an deren Aufrechterhaltung bzw. Abschaffung hat. Ist die Forderung nach „Erhalt der kurdischen Identität“ das legitime Bedürfnis eines „unterdrückten Volkes“, oder hat jeder Bezug auf eine nationale kollektive Identität eine gefährliche Verwandtschaft zu völkischem Denken? Die Autorin hinterfragt nicht nur – wie in der sozialwissenschaftlichen Literatur über Kurden üblich – den Anspruch auf einen „Erhalt der kurdischen Identität“, sondern auch den vom türkischen und vom deutschen Staat erhobenen Assimilierungsdruck – ganz gleich ob er deutsch- oder türkischnationalistisch begründet oder als universalistischer Anspruch verpackt ist. Die Identifizierung kurdischer Kinder mit der Kulturideologie des Herkunftsstaates Türkei sei ein signifikantes Beispiel dafür, wie wenig universalistisch und interkulturell das deutsche Bildungswesen ist. Minderheiten seien in der deutschen Geschichte in der Regel immer dann zur Kenntnis genommen, wenn befürchtet wurde, dass sie zu einem Problem werden könnten. In dieser Tradition stehe die Wahrnehmung kurdischer Migranten. Entgegen der von den Medien verbreiteten Ansicht, die Kurdenproblematik sei von der Türkei in die Bundesrepublik importiert worden, sei der Konfliktstoff „hausgemacht“ bzw. werde in Deutschland verschärft. Einen Grund sieht die Autorin in der stark divergierenden Wahrnehmung der PKK. Während die PKK von vielen Kurden in der Türkei, die nie eine politische Lobby hatten, als Hoffnungsträger gesehen werde, gilt sie der türkischen Staatspropaganda schlicht als Synonym für Terrorismus. Im Dienste der deutsch-türkischen Beziehungen schlug die deutsche Politik mit dem PKK-Verbot eine ähnliche Linie ein. Dadurch seien auch in Deutschland integrierte Kurden in einen kaum lösbar Loyalitätskonflikt zwischen der „kurdischen Partei“ PKK einerseits und dem Aufnahmeland Deutschland andererseits gedrängt worden.

Die Autorin gewann ihre Erkenntnisse über kurdische Migrantinnen und Mi-

granten durch langjährige praktische Arbeit. Als Lehrerin arbeitet sie in der beruflichen Bildung mit Migrantenzugelassenen. Als Aktivistin der Kurdistansolidarität beteiligte sie sich an Menschenrechts- und Gewerkschaftsdelegationen nach Kurdistan und fördert Projekte zur Förderung kurdischer Schüler und Lehrer in der Türkei. Sie studierte Ausländerpädagogik und promovierte im Bereich Erziehungswissenschaften über „Kurdische Migration und deutsche (Bildungs-)Politik“ an der Universität GHS Essen.

Sabine Skubusch: Kurdische Migration und deutsche (Bildungs-)Politik. – 1. Aufl. – Münster: UNRAST-Verlag, 2002. – 380 S. – (Beiträge zur Kurdologie, Bd. 5). – Zugl.: Univ. GHS Essen, Diss., 2000. – ISBN 3-89771-013-7. Preis: 15 Euro

Bestelladresse: Berliner Gesellschaft zur Förderung der Kurdologie, Emser Str. 26, 12051 Berlin

Linke Winterschule 2003

Seit 1992 führt die Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ in und bei der PDS zweimal jährlich die Linke Schule durch, auch in diesem Winter wieder mit drei Kursangeboten.

Kurs Wirtschaft

Über Bauwirtschaft und Wohnungswesen

Bei der letzten Sommerschule hatten wir im Kurs Wirtschaft besprochen, dass es sinnvoll wäre, sich mit der Frage zu beschäftigen, wie von links aus gesehen wünschenswerte wirtschaftliche Entwicklungen durch die Gesetzgebung gefördert werden könnten. Praktisch hatten wir untersuchen wollen, welche gesetzgeberischen Initiativen für die Entwicklung der genossenschaftlichen Bau- und Wohnungswirtschaft interessant sein könnten. Damals waren wir allerdings davon ausgegangen, dass die PDS trotz erkennbarer Schwächen ihrer Politik im Bundestag als Fraktion oder wenigstens als Gruppe vertreten sein würde. Das ist nun leider nicht gegeben. Unter diesen Bedingungen scheint es der Vorbereitungsgruppe sinnvoll, das Thema mehr unter dem praktisch-politischen Gesichtspunkt der kommunalen Bau- und Wohnungspolitik aus anzugehen.

Wir haben im letzten Sommer auch angefangen, über die Frage zu diskutieren, wie wir die Offenheit und Zugänglichkeit unseres Kurses gewährleisten können. Wenn wir nun davon ausgehen, dass der Kurs in der genossenschaftlichen bzw. in der kommunalen Politik oder in der betrieblichen Interessenvertretung Aktiven die Möglichkeit bieten soll, ihre Kennt-

nisse und Erfahrungen einzubringen, auszutauschen und zu systematisieren, prägt das den Charakter einer Fortbildungsveranstaltung aus. Die Kenntnisse und Erfahrungen der Teilnehmenden tragen die Diskussion. Gezielte Vorbereitung und Zusammenstellung von Material zur Diskussion des aufgeworfenen Problems ist natürlich trotzdem nötig.

Hier etwas zum Stand der Überlegungen:

Es wird nötig sein, den Stoff auf zwei aufeinanderfolgenden Veranstaltungen (Winter 2003, Sommer 2003) auszudehnen. Es soll trotzdem versucht werden, die Sache so einzurichten, dass auch der Besuch nur einer Veranstaltung sinnvoll ist.

Teil A, Winterschule

1. Die Herausbildung der modernen Stadt. Infrastruktur als öffentliches Angebot. Bodenwirtschaft und Grundeigentum. Die Entstehung der Wohnungsfrage. Es wird auf Material früherer Kurse zurückgegriffen.

2. Die Verwertung von Bauwerken. A) Öffentliche Güter, B) Industriebauten, C) Wohnbauten zwecks Rendite D) Wohnbauten für den Eigenbedarf. Umschlagszeiten. Ansparen. Abschreibung. Bauen und Sparen. Realwirtschaftliche Zusammenhänge und darauf folgende Formen der Finanzierung.

3. Bauwerke als „strukturierende Struktur“ (im Sinn Bourdieus). Öffentliche Bauten, öffentlicher Raum. Wohnbauten. Bedürfnisstruktur und öffentliche Bauaufsicht.

Teil B, Sommerschule

4. Recht auf Wohnung. Pflicht der öffentlichen Hand, Wohnungsbauten zu erstellen und zu bewirtschaften.

5. Der Genossenschaftliche Wohnungsbau bzw. die genossenschaftliche Wohnungsbewirtschaftung heute. Die selbstbestimmte Ausgestaltung des Wohnbedürfnisses.

6. Kommunale Wohnungspolitik. Diskussion an ausgewählten Beispielen.

7. Sozialistische Wohnungspolitik. Geschichtliche Ansätze. Stellung zur Genossenschaftsbewegung. Entwicklung des Wohnungswesens im Realsozialismus. Konsequenzen in der Programmatisierung der heutigen sozialistischen Parteien.

So weit zum Stand der Diskussion. In der nächsten Ausgabe der Politischen Berichte werden wir die Themenplanung für die Winterschule vorstellen und Angaben zur verwendeten Literatur machen können.

Für die Vorbereitungsgruppe: Martin Fochler, Rüdiger Lötzer

Kurs Philosophie: Ästhetik

Wir hatten am Ende des letzten Philosophiekurses besprochen, dass wir als uns nächstes damit auseinandersetzen wollen, dass und wie die Wahrnehmung und das Bild der Wirklichkeit heute durch die

Wann? Donnerstag, 2. Januar, Beginn der Kurse 14.00 Uhr, bis maximal Sonntag, 5. Januar, mittags.

Wo? Jugendwohnheim Juventas, Güntherstr. 26-27, 99705 Sondershausen, Telefon (0 36 32) 78 22 59 (Preise werden im Anfang Dezember erscheinenden Faltblatt und in der nächsten Ausgabe der PB mitgeteilt.)

Anmeldung: möglichst bald und verbindlich bei: Christiane Schneider, c/o GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. (0 40) 43 18 88 20, Fax (0 40) 43 18 88 21, eMail: gnn-hhsh@hansenet.de

Einladung zur Mitgliederversammlung der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung

Freitag, 3. Januar, 19.00 Uhr

Jugendwohnheim Juventas, Güntherstr. 26-27, 99705 Sondershausen

Vorschlag für eine Tagesordnung:

1. Aussprache über die Lage (in) der PDS nach den Bundestagswahlen und dem Geraer Parteitag
2. Die Programmdiskussion der PDS. Systemkritik – Reformpolitik – Was leistet die Forderung nach Freiheitsgütern. Peter Porsch, stellvertretender PDS-Vorsitzender, hat zugesagt, zu diesem Thema zu referieren.
3. Sommerschule 2003
4. Verschiedenes

Medien, speziell das Fernsehen, wesentlich mit bestimmt werden; und damit, welches Bild der Wirklichkeit die Medien vermitteln.

Medien sind wichtiger Faktor, ja entscheidender Bestandteil der Öffentlichkeit. Das heißt, Öffentlichkeit als der „im kommunikativen Handeln erzeugte soziale Raum“ (Habermas) ist wesentlich durch die Medien vermittelt. Der Einfluss der Medien hat auf diesen besonderen, öffentlichen Raum einschneidende Auswirkungen. In der Orientierung über die Bedeutung des durch Medien Dargestellten verständigen sich die Menschen (als Empfänger medialer Botschaften) wie solche, die durch die Wahrnehmung des Dargestellten etwas gemeinsam haben: die Konstruktion einer relevanten Wirklichkeit. Durch die öffentliche Vergemeinschaftung von Wirklichkeitssichten machen Medien aus Vorgängen Ereignisse mit beabsichtigter Relevanz für potenzielle Rezipienten. Die kritische Theorie kritisiert u.a., dass die Ausbreitung der Massenmedien das Individuum überwältigt, die Publikumsmassen gleichschaltet. In diesem Sinne kann die durch die Medien bestimmte Öffentlichkeit als Struktur verstanden werden, die das Individuum strukturiert, auch seine Kommunikation, auch seine Gegenwehr. Ist also die medienvermittelte Öffentlichkeit für das Individuum eine Art Gefängnis ohne Ausgang, ist Widerstand unmöglich?

Wir wollen uns diesen Fragen im Philosophiekurs der Winterschule über eine Befassung mit der Ästhetik und ihren beiden Aspekten, nähern, d.h. der Wahrnehmung, sinnlich-praktischer Lebenserfahrung einerseits, der Auseinandersetzung mit dem Kunstschönen andererseits. Kunst ermöglicht Selbst-Erfahrung und befördert die Wahrnehmung, dass man wahrnimmt. Es geht also um das sich zu seiner Umwelt bewusst verhaltende, die Umwelt verändernde Subjekt.

Wir lesen Texte von Schiller, Hegel, Adorno, Habermas, Bourdieu, Luhmann. Die Texte liegen zu Beginn des Kurses vervielfältigt vor. *Christiane Schneider*

Kurs Geschichte

„Der 17. Juni 1953 – Volksaufstand oder Arbeitererhebung?

Anknüpfend an den 50. Jahrestag hat sich die AG Geschichte vorgenommen, die Ereignisse des 17. Juni 1953, seine Vorgeschichte und Nachwirkungen anhand von Quellen, Dokumenten und Texten zu diskutieren und zu analysieren. Die Vorgeschichte des 17. Juni ist sehr komplex, so dass es notwendig ist, sich hier auf deren Hauptaspekte zu konzentrieren. Dazu gehören das Jahr 1948 als „Entscheidungsjahr“ der Teilung Deutschlands, die Gründungsprozesse der BRD und der DDR, sowie als zeitnäher Ausgangspunkt die Stalin-Note und deren Ablehnung durch die westlichen Alliierten und die BRD und die Frage nach den Motiven der einzelnen Seiten.

Daran schließen sich Diskussion und Analyse der Folgen für die weitere Entwicklung der DDR, eingeschlossen die 2. Parteikonferenz und deren Beschlüsse sowie die Folgen für den Alltag der Menschen, an. Diese Konferenz steht in engstem Zusammenhang mit der unmittelbaren Vorgeschichte des 17. Juni (Frage der Normerhöhungen, Einleitung des neuen wirtschaftlich-politischen Kurses). Die Betrachtung dieser Vorfereignisse ist von entscheidender Bedeutung für die Beantwortung der Frage, wie der 17. Juni 1953 adäquat zu charakterisieren und einzuordnen ist: Die einen sehen ihn als Volksaufstand, andere als Arbeitererhebung.

Den Kern der Thematik bilden der Verlauf und die Folgen des 17. Juni. Jens Fietje Dwars wird hier aus seiner Sicht die Reaktion der Schriftsteller, insbesondere Brechts und Bechers, auf den 17. Juni in einem Vortrag beleuchten. Nicht zu kurz kommen wird der Blick auf den konkreten Verlauf des 17. Juni in Thüringen, für den ebenfalls Dokumente und Quellen herangezogen werden. Es soll auch versucht werden, die (zeitgenössische) Außensicht in der BRD auf den 17. Juni („Tag der Deutschen Einheit“) mit einzubeziehen. Wie immer werden Dokumente und Quellen bei rechtzeitiger Anmeldung vorab als Lesematerial verschickt.

Die Vorbereitungsgruppe

7./8. Dezember, Kassel: *Wege aus Krieg und Gewalt – 9. Friedenspolitischer Ratschlag*. Universität-Gesamthochschule Kassel, Wilhelmshöher Allee 73, Bundesweiter und internationaler Friedensratschlag 2002, u.a. mit Sylvia-Yvonne Kaufmann (MdEP), Werner Ruf (Uni Kassel), Matin Baraki (Uni Marburg und Kassel), Jürgen Wagner (IMI Tübingen), Jörg Hirschmid (Uni Bremen), Anne Rieger (IG Metall), Sybille Stamm (ver.di). Infos / Anmeldung: Peter Strutynski, Universität Kassel, FB 10, Nora-Platiel-Str. 5, 34109 Kassel, Tel. 0561 / 804-2314, Fax 804-3738, strutype@uni-kassel.de

8. Dezember, Stuttgart: *Aktionstag „8. Dezember 2002“* Motto: „No, Bush! No war! – Don't attack Iraq, Wir widersetzen uns!“ an der US-Amerikanischen Kommandozentrale EUCOM [<http://www.eucom.mil>], Stg-Vaihingen, VA: DFG-VK BaWü, Ohne Rüstung Leben (ORL), EUCOMMunity, Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA) mit Unterstützung von Clemens Ronnefeldt (Referent für Friedensfragen, Versöhnungsbund) Kontakt: LV Baden-Württemberg der DFG-VK, Haußmannstr. 6, 70188 Stuttgart, Tel.: 0711/2155112, Fax: 0711/2155214. E-Mail: Ba-Wue@dfg-vk.de

12.-15. Dezember, Kopenhagen: EU-Gipfel

14. Dezember, Frankfurt: *Demonstration vor der US-Rhein/Main-Airbase* [<http://www.rheinmain.af.mil>], Treffpunkt: 13.30 Uhr am U-Bahnhof Frankfurt-Zeppelinheim, Kundgebung: 14.30-16 Uhr, Haupttor der Air-Base, VA: Resist-Kampagne. Kontakt: resist c/o Netzwerk Friedenskooperative, Römerstr. 88, 53111 Bonn, Tel.: 0228/692904, Fax: 0228/692906. E-Mail: info@resistthewar.de Internet: <http://www.resistthewar.de>

14. Dezember, Kopenhagen: Großdemo beim EU-Gipfel

18. Dezember, Frankfurt: *Hauptversammlung der I.G. Farben (in Auflösung)*, Stadthalle, Bergen-Enkheim (Vorort von Frankfurt), – http://www.kritischaktionaere.de/Konzernkritik/I_G_Farben/i_g_farben.html Kontakt: Kritische AktionärInnen Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024 E-Mail: critical_shareholders@compuserve.com Internet: <http://www.kritischaktionaere.de>



2. bis 5. Januar, Sondershausen: Linke Winterschule

23.-28. Januar, Porto Alegre, Brasilien: Eine andere Welt- eine andere Bewegung. 3. Weltsozialforum, mit zahlreichen Konferenzen, Seminaren, Diskussionen, entlang folgender Achsen: Demokratische und nachhaltige Entwicklung, Prinzipien und Werte, Menschenrechte, Vielfalt und Gleichheit, Medien, Kultur und Gegen-Hegemonie, Politmacht, Zivilgesellschaft und Demokratie, Demokratische Weltordnung, Kampf gegen Krieg und für Frieden. Infos: porto2003.org weltsozialforum.org 2003/

2. Februar 2003: Landtagswahl in Hessen und Niedersachsen

2. Februar: Sitzung des Arbeitsausschusses des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

7.-9. Februar 2003, München: NATO- „Wehrkundetagung“

Gelungene Gedenkveranstaltung für Hüseyin Celebi

Vor zehn Jahren starb Hüseyin Celebi im Oktober bei Kämpfen in Südkurdistan.

Vielen war er in Deutschland als Vertreter des Kurdistan Komitees und auch als Angeklagter in dem ersten PKK-Prozess von Düsseldorf bekannt, unseren Leserinnen und Lesern vielleicht noch als Mitherausgeber der Politischen Berichte. Der Verband der StudentInnen aus Kurdistan YXK wählte



Hüseyin Celebi kurz nach seinem Tod zum Ehrenvorsitzenden. Seither veranstaltet der YXK jährlich eine Veranstaltung zu Hüseyin Celebis Ehren. Auf ihr werden Preise für Gedichte, Literatur- und Geschichtsarbeiten vergeben.

Dieses Jahr fand unter großer Beteiligung die zehnte Veranstaltung im Audimax der Universität Darmstadt statt. In diesem Jahr trugen auch mehrere türkische Dichter und Schriftsteller mit Lesungen aus ihren Werken sowie Parlamentskandidaten der Dehap zu der Veranstaltung bei. Musik- und Theatergruppen aus der Türkei und Kurdistan rundeten das Programm ab. Am Ende der Veranstaltung verlieh der Vater von Hüseyin Celebi, Rifat Celebi, die Preise für die Gewinner des Literatur- und Geschichtswettbewerbs.

In einem Film wurde das leider zu kurze Leben des in Deutschland aufgewachsenen Politikers und späteren Kommandanten der kurdischen Befreiungsbewegung Hüseyin Celebis nachgezeichnet.

In einem zweiten Film wurde die diesjährige Kampagne in der Türkei für die Zulassung der kurdischen Sprache als Lehrfach an den Hochschulen dokumentiert. Die ganze Breite und auch Wucht dieser Kampagne wurde in dem Film in Beiträgen aus Istanbul, Izmir, Diyarbakir, Van und anderen Städten deutlich.

Beide gezeigten Filme können über den Verband kurdischer StudentInnen (Adresse : Verband der StudentInnen aus Kurdistan, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel./Fax (02 21) 2 40 41 71, EMail: yxk@yxkweb.com, www.yxkweb.de) für Veranstaltungen ausgeliehen werden. Die Filme sprechen für sich, müssten aber in deutsch kommentiert werden. rub